



Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
24. Jahrgang | Nr. 3 / 2019

„Wir sind nicht von gestern“

Seit zehn Jahren gibt es landesweite Seniorentage

Zum fünften Mal finden die Seniorentage statt: vom 30. September bis 9. Oktober, vorbereitet vom Landesseniorenbeirat in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung, den kommunalen Seniorenbeiräten sowie den Kreis seniorenbeiräten. Eröffnet werden sie im Rittersaal Schwerin durch Sozialministerin Stefanie Drese. In verschiedenen Regionen unseres Bundeslandes gibt es dazu, auch mit Bezug auf den Internationalen Tag der älteren Menschen, zahlreiche Veranstaltungen, so in Negast auf Rügen zum Thema „Sicherheit im Alter“, in Anklam einen landesweiten Generationendialog und in Rostock einen „Seniorentag in der Hanse- und Universitätsstadt“. In Wendorf bei Wismar wird zu einem „Tanz

an der Seebrücke“ eingeladen und in Neuburg nahe der Hansestadt zu einem Wiedersehenstreffen von Senioren über 60 Jahre (genaue Terminübersicht siehe Seite 3). Zehn Jahre sind vergangen seit den ersten Seniorentagen, die am 12. Mai 2009 ebenfalls im Rittersaal der Landeshauptstadt eröffnet wurden. Die Idee dazu führt in den Beginn des Jahres 2006 zurück. Damals unterbreitete der Landesseniorenbeirat der Landesre-

gierung ein erstes Konzept für landesweite Seniorentage innerhalb der bislang regional veranstalteten und fand bald Gegenkommen bei den Parlamentariern. Die Federführung der Arbeitsgruppe übernahm das Ministerium für Soziales und Gesundheit. Schon in den neunziger Jahren hatte man sich im damaligen Altkreis Parchim und in Stralsund spontan zu Tagen der älteren Generation getroffen; in der Hansestadt wurde übrigens der erste kommunale Seniorenbeirat in MV gegründet.



LANDES-**Senioren**-TAGE
Mecklenburg-Vorpommern

Bei den ersten landesweiten Seniorentagen hatte die damalige Sozialministerin und heutige Ministerpräsidentin Manuela Schwesig betont: „Das Bild von den gebrechlichen Alten, die still in der Ecke sitzen, stimmt heute nicht mehr. Ihre Erfahrung, ihr Wissen, ihre Kenntnisse, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten verleihen ihnen einen Vorsprung, den Jüngere mühsam aufholen müssen.“

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

vom 30. September bis zum 9. Oktober finden die 5. Landesseniorentage statt. An zahlreichen Orten wird es dazu vielfältige Veranstaltungen geben. Neben der Eröffnung mit dem Grußwort und dem Vortrag der Sozialministerin Stefanie Drese ist der Generationendialog im Demokratiebahnhof in Anklam ein weiterer Höhepunkt. Dazu fand im Juli gemeinsam mit Vertretern des Landesjugendrings vor Ort ein Planungstreffen statt. Das Motto des Dialogs: „Mecklenburg-Vorpommern for future“. Um unsere Mitglieder künftig noch besser zu informieren, berichten wir in kurzer Form über jeweilige Aktivitäten von Vorstandsmitgliedern in den unterschiedlichsten Gremien des Landes sowie der Vereine und Verbände für den Zeitraum nach der jeweils vorangegangenen Ausgabe des *Seniorenkuriers*. Die UN-Frauenrechtskonvention „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) hatte die Bundesregierung beauftragt, bis zum Frühjahr 2019 über Umsetzungsschritte zur Beseitigung der Rentenungerechtigkeit der in der DDR geschiedenen Frauen zu berichten. Doch bis heute hält es die Bundesregierung nicht für nötig, darauf zu reagieren. Bereits im vergangenen Jahr mahnte die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder (GFMK) Handlungsbedarf an. Leider vergeblich. Die Bundesregierung ignoriert sowohl das Anliegen der CEDAW als auch der GFMK. Wofür werden eigentlich die noch wenigen verbliebenen betroffenen Frauen bestraft und gedemütigt?

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	13	Senioren-sicherheitsberaterin Angelika Reichelt
Seite	23	Aus Landkreisen und Städten
Seite	36	Ein Kämpfer für den Sozialstaat



DIE FASZINATION DES WASSERS

Die Bewohner der Vitanas Senioren Centren genießen erlebnisreiche Ausflüge an und auf den Schweriner Seen.

Der Sommer lockt die Menschen nach draußen – zu Spaziergängen und Ausflügen, oft irgendwo ans Wasser. Auch die Bewohner der Vitanas Senioren Centren Am Schlossgarten und Im Casino genießen die wöchentlich angebotenen Ausflüge sehr. Die Bootsfahrt auf den Schweriner Seen ist dabei immer eine überaus beliebte Unternehmung.

Mit einem Ausflugsschiff der Weißen Flotte geht es hinaus auf den See. Die Senioren sehen die Stadt nun aus einer ganz anderen Perspektive. Das liefert Gesprächsstoff, denn manchmal ist es gar nicht so einfach, alles wiederzuerkennen. Zum Glück sind da die altbekannten Gebäude, an denen man sich gut orientieren kann. Es ist aber auch schon wieder viel Neues entstanden. Schwerin verändert sich kontinuierlich.

Unverändert schön ist hingegen die Natur. Ob der Blick auf das weite Wasser selbst, die Landschaft in der Ferne oder die Uferbegrenzung bei der Fahrt durch einen schmalen Kanal. Überall können sich die Fahrgäste an den verschiedenen Grün- und Blautönen erfreuen, Kleinigkeiten entdecken oder das große Ganze wahrnehmen. Und auch die Tierwelt können die Senioren auf so einer Bootstour wunderbar erleben.

Ein Erlebnis anderer Art ist das kulinarische Angebot an Bord. Das leckere Stück Torte und der Kaffee schmecken mit Blick auf Wasser und Wellen noch viel besser als in den eigenen vier Wänden. Nebenbei wird erzählt und gelacht. Und da das Wasser immer wieder einen besonderen Reiz auf die Menschen ausübt, planen die Ergotherapeuten der beiden Schweriner Vitanas Senioren Centren in den Sommermonaten weitere Ausflüge ans kühle Nass. So gibt es z. B. Fahrten nach Boltenhagen, an den Strand in Zippendorf oder die Stör in Plate. Und immer wieder werden Restaurants mit Seeblick besucht. Zur Freude der Senioren.

Und so wird den Bewohnern der Schweriner Vitanas Einrichtungen immer wieder die Möglichkeit gegeben, die Faszination des Wassers an unterschiedlichen Orten zu erleben und zu genießen.



Ihre Ansprechpartnerin:
Nicole Solenski, Centrumsleiterin

Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin
☎ (0385) 575 66 - 0 | vitanas.de/imcasino

Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin
☎ (0385) 51 19 - 0 | vitanas.de/amschlossgarten

Fortsetzung von Seite 1

Und bei den zweiten Seniorentagen, die vom 21. bis 24. Oktober 2013 im Landkreis Vorpommern-Greifswald stattfanden, unterstrich die damalige Landrätin Dr. Barbara Syrbe: „Das Älterwerden besteht aus meiner Sicht nicht in dem Problem an sich, sondern in der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft damit umgeht. Unsere Gesellschaft befindet sich mit ihrer aktuellen Entwicklung teilweise in einer Sackgasse.“ Das

Motto hieß **Internationaler Tag der älteren Menschen** deshalb auch:

„Wir sind nicht

von Gestern – sondern für Morgen“.

Eröffnet wurden die Tage im vorpommerschen Anklam, beendet im uckermärkischen Strasburg. Zu den über 30 Veranstaltungen und zwei Konferenzen kamen mehr als 1300 Besucher. Einen „Tag der offenen Tür“ gab es in den drei Pflegestützpunkten sowie in Torgelow, außerdem in Pasewalk und Uckermünde. 13 Veranstaltungen zählte man in Greifswald und auf Usedom. Anwesend war auch der frisch gewählte heutige LSB-Vorsitzende Bernd Rosenheinrich; er folgte im Amt der langjährigen Vorsitzenden Brigitte Paetow. Gäste kamen aus Osnabrück sowie aus

dem polnischen Szczecin (Stettin) von der dortigen „Universität des dritten Lebensalters“.

Im zweitgrößten Landkreis der Bundesrepublik, in Ludwigslust-Parchim, eröffnete die damalige Sozialministerin und heutige Landtagspräsidentin

Birgit Hesse die dritten Seniorentage vom 12. bis 14. Oktober 2016 in der Eldestadt. Es habe sich gezeigt, „dass sich die Wahrnehmung der Interessen der Seniorinnen und Senioren auf politischer Ebene bereits verän-

dert haben“, hob Heidrun Draeger vom Büro für Chancengleichheit in Ludwigslust hervor, die gemeinsam mit dem Landesseniorenbeirat das Treffen vorbereitet hatte. Ministerin Hesse verlieh erstmals vier Ehrenamtsdiplome. Im Mittelpunkt stand der „Dialog der Generationen“. Eingeladen wurde zu Stadtrundgängen, Ausstellungen, Gesprächen und unterschiedlichen Veranstaltungen. Eine Präsentation vermittelte eine Übersicht zur Rentenwertanpassung Ost – West, außerdem stand eine Hobby-Theke parat. Der Landkreis Vorpommern-Rügen richtete im Jubiläumsjahr des Senio-

renbeirats Stralsund vom 26. bis 29. September 2018 die vierten Seniorentage aus – sportliche und kulturelle Veranstaltungen gab es in Barth, Ribnitz-Damgarten, Bergen und Sassnitz; Samtens auf Rügen lud zu einem speziellen Sporttag ein. Im Mittelpunkt stand das Ehrenamt der Seniorinnen und Senioren. Vorträge beschäftigten sich mit der demografischen Entwicklung in unserem Bundesland. In der Kulturkirche St. Jakobi in der Hansestadt machte eine Ausstellung zum Thema „Das Alter in der Karikatur“ auf sich aufmerksam. Sozialministerin Stefanie Drese zeichnete mehrere Mitglieder des Beirats mit dem Ehrenamtsdiplom aus. „Jeder vierte Einwohner in MV ist älter als 60 Jahre“, sagte sie. „Gleichzeitig gab es nie zuvor so viele bis ins hohe Alter gesunde Menschen, die noch etwas bewegen und sich einbringen möchten. Diese Potenziale sollten wir in unserer Gesellschaft unbedingt nutzen und fördern.“ Auf Landesebene sei seit den Seniorentagen einiges erreicht worden: Seniorenmitwirkungsgesetz, Altenparlamente, Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als Seniortrainer und -trainerin. Wichtig sei nun die Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte.“ Ein Konzert des Landespolizeiorchesters beschloss die vierten Seniorentage. *ric*

Veranstaltungen zu den 5. Landesseniorentagen in MV

Ort	Datum	Uhrzeit	Veranstaltung
Schwerin / Rittersaal	30.09.19	10.00 Uhr	Eröffnungsveranstaltung der 5.Landesseniorentage
Rostock / Rathausaal	01.10.19	13.00 Uhr	Internationaler Tag der Älteren
Gelbensande / MGH Heidetreff	01.10.19		Fachvortrag: Bewegung und Sport für ältere Menschen
Negast / Jagdhof	02.10.19	14.00 Uhr	Internationaler Tag der Älteren
Anklam /Demokratiebahnhof	02.10.19	11.30 Uhr	Generationendialog
Gadebusch	03.10.19	14.00 Uhr	Besuch des Agrarmuseums mit Busfahrt
Rerik / Kösterschün	04.10.19	15.00 Uhr	Internationaler Tag der Älteren
Neuburg / Gänsemarkt	05.10.19	13.00 Uhr	Tag der Alten
Wismar / Wendorf	06.10.19	16.00 Uhr	Tanz an der Seebrücke
Wismar / Zeughaus	09.10.19	11.00 Uhr	Tag der Senioren
Parchim / Großer Solitär	09.10.19	9.30 Uhr	SeniorenSicherheit im Landkreis Ludwigslust - Parchim

Begegnung von Parlament und Bürgern

Landtagspräsidentin Birgit Hesse in ihrer Antrittsrede

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat seit dem 22. Mai 2019 eine neue Präsidentin: Birgit Hesse. Sie erhielt bei der Wahl die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen. 33 Abgeordnete stimmten für die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Kandidatin, 27 gegen sie. Fünf Abgeordnete enthielten sich der Stimme. 65 Mitglieder des Landtages hatten sich an der Wahl beteiligt. Geboren am 16. Februar 1975 in Elmsborn, war die Juristin von 2002 bis 2005 in der Landespolizei tätig und leitete u. a. das Polizeirevier Wismar. Im Januar 2014 übernahm sie das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, das sie bis Oktober 2016 führte. Daran schloss sich von November 2016 bis Mai 2019 das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur an. Dem Landtag gehört sie seit dem 4. Oktober 2016 an.

Birgit Hesse bedankte sich nach der Wahl für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und würdigte das Wirken ihrer Ende April verstorbenen Vorgängerin im Amt, Sylvia Bretschneider. Besonderen Dank sprach sie den beiden Vizepräsidentinnen des Landtages, Beate Schlupp und Dr. Mignon Schwenke, aus. Beide hätten in den zurückliegenden rund eineinhalb Jahren das Parlament großartig nach außen repräsentiert und während der Plenarsitzungen beeindruckende Arbeit geleistet. „Mit dem ihm gebührenden Respekt nehme ich dieses Amt gern an und werde mich mit ganzer Kraft den neuen Aufgaben stellen“, sagte Birgit Hesse während ihrer Antrittsrede im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.

Das Amt der höchsten Repräsentantin des Bundeslandes zu übernehmen sei eine große Herausforderung, betonte sie. „Seit 2002 war Sylvia Bretschneider das Gesicht unseres Parlaments. Dieser herausragenden



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Foto: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin im Amt nachzufolgen ist eine große Ehre.“ Ihr Dank ging außerdem an den Landtagsdirektor Armin Tebben „für die umfassende Vertretung des Parlaments in Verwaltungsangelegenheiten“ sowie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung insgesamt.

Als Präsidentin des Landtags werde sie die von Silvia Bretschneider angestoßenen Projekte, wie etwa die Bewerbung des „Schweriner Residenzensembles“ als UNESCO-Weltkulturerbe, erfolgreich zu Ende bringen. Weiterhin werde sie sich für die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ einsetzen – für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern. „Initiiert wurde ‚WIR‘ 2008; im selben Jahr wurde ich zur Landrätin Nordwestmecklenburgs gewählt, und bereits in diesem Amt konnte ich zahlreiche dieser wichtigen Formate von ‚WIR. Erfolg braucht Vielfalt‘ kennenlernen.“

Parlamentarierinnen und Parlamentarier hätten sich stets im Dialog mit den Wählerinnen und Wählern zu befinden und das Parlament nach au-

ßen weiterhin umfassend für Besucherinnen und Besucher zu öffnen. Politische Entscheidungsprozesse sollten transparent dargelegt werden, um die Werte sowie die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie verständlich zu machen. Die parlamentarische Bildung vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene sei ihr ein besonderes Anliegen. Auch außerhalb des Plenarsaales möchte sie den Landtag sichtbarer machen, zu den Menschen gehen und über das Geschehen im Landtag informieren – damit es nicht heiße: „Die da in Schwerin sind weit weg und entscheiden über die Köpfe der Menschen hinweg“.

Wichtig sei, Begegnungsmöglichkeiten zwischen dem Parlament und den Menschen zu schaffen, besonders im ländlich geprägten Raum. Einbringen möchte sie sich außerdem in die Arbeit des Landestourismusverbands und für das Reiseziel Mecklenburg-Vorpommern stark machen. „Aus meinem bisherigen Amt möchte ich die Tätigkeiten für den Sport mitnehmen und als Landtagspräsidentin auch Botschafterin für den Sport in MV sein.“

Als „besondere Stütze für unser Gemeinwesen“ hob sie die Bedeutung der Polizei, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerkes hervor. Der Landesseniorenbeirat erhofft sich, dass auch die vertrauensvolle Zusam-

menarbeit, die von gegenseitigem Respekt geprägt war, im Sinne der Seniorinnen und Senioren unseres Bundeslandes „auf Augenhöhe“ fortgesetzt werden kann. Seit dem dritten Altenparlament 2003 hatte die Vorgän-

gerin Sylvia Bretschneider die Schirmherrschaft für dieses parlamentarische Treffen übernommen. Dass dies auch die neue Landtagspräsidentin tun werde, ist Hoffnung und Wunsch zugleich. ■

Im Zentrum stehen Patienten und Fachkräfte

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig eröffnete Branchenkonferenz Gesundheit 2019 in Rostock

„Gesundheit 2019 – Gesundheit neu denken!“ lautete das Thema der 15. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft in der Yachthafenresidenz Hohe Düne in Rostock. Rund 880 Fachleute aus Medizin, Politik, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden befassten sich zwei Tage lang in vier Themenbereichen mit Zukunftsfragen und Herausforderungen der Gesundheitswirtschaft. 93 Redner traten an diesen zwei Tagen in vielfältigen Foren, Workshops und Fishbowl-Diskussionsrunden auf.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig sagte in ihrem Grußwort am 12. Juni, es sei richtig, sich auf der Branchenkonferenz mit dem Thema „Ökonomisierung der Gesundheit“, das viele Aspekte habe, zu beschäftigen. Diese Ökonomisierung, verbunden mit der Frage nach den Kosten einer Behandlung, werde von vielen Menschen mit Sorge gesehen. Ihre Haltung hierzu sei klar: Nicht Umsatz und Gewinn, sondern die Patienten und die Fachkräfte müssten im Mittelpunkt stehen. „Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Dafür gilt es, gute Lösungen zu finden.“ Gleichzeitig biete die Ökonomisierung auch Chancen. Die Gesundheitsbranche trage im Land maßgeblich zur Wirt-

schaftskraft bei: Mecklenburg-Vorpommern ist deutschlandweit Spitzenreiter beim Anteil der Beschäftigung und bei der Bruttowertschöpfung in diesem Bereich. 154.000 Menschen arbeiten in der Pflege, in Krankenhäusern und Praxen, in der Medizintechnik oder der Biotechnologie. Mit 15 Prozent an der Bruttowertschöpfung ist die Branche Impulsgeber und Jobmotor in MV.

Gesundheitswesen und Gesundheitswirtschaft – öffentliche Daseinsvorsorge mit Kliniken und Ärzten sowie Jobs in Medizintechnik und im Gesundheitstourismus – sollten nicht als Gegensatz gesehen werden, beides lasse sich gut miteinander vereinbaren, so die Ministerpräsidentin. Dies berge Wachstumspotenzial für die Wirtschaft und Chancen für das Land – auch in Zukunft. Danach erläuterten Vertreter des diesjährigen Partnerlandes Norwegen ihre Strategie zur Zukunft der Gesundheit in ihrem Land. Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn legte seine Schwerpunkte der gegenwärtigen Gesundheitspolitik der Bundesregierung dar und nahm sich auch Zeit zur Beantwortung von Fragen der Teilnehmer.

Am Nachmittag des zweiten Tages fand u. a. eine Fishbowl-Diskussion

zum Thema „Das Krankenhaus der Zukunft“ statt. Nachdenklich stimmten mich die Ausführungen von Dr. Ralf Kraus, OP-Manager der Gemeinnützigen Salzburger Landeskliniken Betriebsgesellschaft mbH (SALK) aus Österreich. Digitalisierung, beschränkt auf operierende Roboter und Telemedizin, ist für die Entwicklung des Gesundheitswesens und der Gesundheitswirtschaft in den nächsten 20 Jahren bereits zu kurz gesprungen. Dieser Bereich und seine Möglichkeiten und Anforderungen müssen völlig neu gedacht werden. Dabei hatte ich den Eindruck, dass dies nicht nur für mich neue Gedanken zur Entwicklung des Gesundheitswesens und zur Kürze der dazu verbleibenden Zeit waren. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik der letzten 100 Jahre verdeutlicht jedoch, dass diese immer rasanter und schneller und in kürzeren Zeiträumen verläuft. Die Dampfmaschine hat eine ganze Epoche geprägt...

In der begleitenden Ausstellung konnten die Konferenzteilnehmer einen Einblick in die Gesundheitswirtschaft und weiterer zentraler Akteure der Branche und des Partnerlandes Norwegen erhalten und sich informieren.

Bernd Rosenheinrich

*Sinn des Lebens: etwas, das keiner weiß.
Jedenfalls hat es wenig Sinn, der reichste Mann auf dem Friedhof zu sein.*

Peter Ustinov (1921-2004), russisch-englischer Schauspieler, Regisseur und Schriftsteller

Zwischen den Monaten

Ereignisse von Juni bis August 2019 in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Unter der Leitung von Prof. Dr. Helmut Pratzel entwickelt eine Arbeitsgruppe „Gesund älter werden“ innerhalb des Aktionsbündnisses für Gesundheit MV im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit seit mehreren Monaten Gesundheitsziele für Ältere. Im Auftrag des LSB-Vorstands arbeiten Monika Schmidt und Dr. Georg Weckbach maßgeblich mit. Die Arbeitsgruppen sollen Bedarfe ermitteln und die Umsetzung von gesundheitsfördernden Maßnahmen und Aktivitäten anregen. Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und vulnerable (verwundbare, verletzte) Gruppen gelten dabei als besonders wichtige Zielgruppen. Auf diese Weise soll die Umsetzung und Weiterentwicklung des Landesaktionsplans zur Gesundheitsförderung und Prävention ermöglicht werden.

*

Der Landespflegeausschuss traf sich am 14. Juni mit einer umfangreichen Tagesordnung. Monika Schmidt nahm für den LSB an der Sitzung teil. Es ging u. a. um die Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Pflegeberufe, um ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe und die Einrichtung von Pflegeausschüssen in den Kreisen. In unserer Stellungnahme zum „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes“ hatten wir als LSB bereits formuliert, dass die Einrichtung regionaler Pflegeausschüsse positiv gesehen werde. Entsprechend den Möglichkeiten des Seniorenmitwirkungsgesetzes auf Landesebene würden wir es jedoch begrüßen, wenn in diesen die Mitwirkung der Seniorenbeiräte als Vertreter der Betroffenen zwingend vorgeschrieben würde.

*

Mitte Juni tagte die Jury der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, Landesverband MV, der auch LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich angehörte,

zur Vergabe von Spendengeldern aus der Aktion 2018 des Norddeutschen Rundfunks „Hand in Hand für Norddeutschland“ in einer zweiten Vergaberunde in Rostock. Über 20 Träger, Einrichtungen und Personen hatten Anträge gestellt, für Projekte zu Gunsten von demenziell erkrankten Personen eine finanzielle Unterstützung zu erhalten. Mit diesen Spenden ergibt sich die einmalige Gelegenheit, gemeinsam mit vielen engagierten Akteuren vor Ort dafür zu sorgen, dass Menschen mit Demenz und ihre Familien am Leben teilnehmen und sich kleine Träume erfüllen können, dass sie Freude und Spaß haben und dabei kompetent mit Herz und Seele begleitet werden. Weitere Informationen: www.alzheimer-mv.de.

*

Am 18. Juni verlieh die SPD-Landtagsfraktion den Johannes-Stelling-Preis. Mit ihm erinnert sie an das Wirken des von Nazis ermordeten SPD-Politikers. Geehrt werden Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen des Landes für ihr couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Mitglied der Jury ist seit Jahren auch Bernd Rosenheinrich als Vertreter des LSB. Auf die mit einem Ehrenpreis ausgezeichnete Seniorensicherheitsberaterin Angelika Reichelt hielt er die Laudatio (siehe Seite 13).

*

Um die Gesundheit in Städten und Gemeinden effektiv fördern zu können, müssen unterschiedliche Fachbereiche und Professionen, Organisationen und Institutionen zusammenarbeiten. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung. In Güstrow organisierte sie eine Konferenz zum Thema „Alles digital – kann das noch gesundheitsfördernd sein?“. Trotz Digitalisierung in aller Munde hört man

in den Medien jedoch wenig über Gesundheitsförderung und Digitalisierung. Der umfangreiche Gesundheitsbereich scheint mit der Nennung der digitalen Patientenakte oder der Telemedizin erschöpft zu sein. Wo wir in Sachen digitalisierter Gesundheitsförderung stehen – darüber diskutierten die Teilnehmer des Treffens. Jürgen Lorenz und Monika Schmidt nahmen daran teil und brachten die Belange der Senioren zu diesem Thema zur Sprache.

*

Im Juni waren Bernd Rosenheinrich, Brigitte Seifert und Monika Schmidt zu einem Gedankenaustausch mit dem stellvertretenden Geschäftsführer Thomas Deiters und dem Referatsleiter Klaus-Michael Glaser beim Städte- und Gemeindetag in Schwerin. Es ging um mögliche gemeinsame Aktivitäten bei der Bildung weiterer Seniorenbeiräte sowie bei der Entwicklung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten in den Kommunen. Die bisherigen Ergebnisse in den Wettbewerben „Seniorenfreundliche Kommune“ zeigen, dass die Preisträger in der Regel auch über gut funktionierende Seniorenbeiräte verfügen und es eine enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bürgermeistern und Verwaltungen und den gewählten kommunalen Vertretungen gibt. Bei der Erarbeitung der seniorenpolitischen Gesamtkonzepte ist es wichtig und sinnvoll, dass die Vertreter der Betroffenen unbedingt gehört und einbezogen werden. Zum Abschluss wurde über die Vorbereitung des XI. Altenparlaments informiert.

*

Im Juli fand gemeinsam mit Vertretern des Landesjugendrings ein Planungstreffen zum landesweiten Generationendialog im Rahmen der 5. Landessenorentage am 2. Oktober im Demokratiebahnhof in Anklam statt, an dem vom LSB Bernd Rosenhein-

rich, Brigitte Seifert und Anett Jepp teilnahmen. Bisher fanden alle Treffen im westlichen Teil unseres Bundeslandes statt. Deshalb entschieden wir, diesmal den Dialog unter dem Motto „Mecklenburg-Vorpommern for future“ im östlichen Teil des Landes, und zwar in Anklam, zu veranstalten. Unter Berücksichtigung der Ankunfts- und Abfahrtszeiten per Zug ist vorgesehen, dass ab 11.30 bis 15.30 Uhr die teilnehmenden Seniorinnen und Senioren, Jugendlichen, Politikerinnen und Politiker sowie Abgeordnete des Landtags an fünf Thementischen über ein Thema aus den Komplexen Mobilität, Ehrenamt / Netzwerk / Jugendbeirat, Unsere Zukunft (freier Tisch), Bildung und lebenslanges Lernen sowie Nachbarschaft gemeinsam Lösungsansätze und Strategien entwickeln.

Über das genaue Programm und die konkreten Themen entscheiden letztlich die Teilnehmer am 2. Oktober vor Ort.

*

Mitte Juli trafen sich Bernd Rosenheinrich, Monika Schmidt und Anett Jepp im Landesfunkhaus des NDR in Schwerin mit dem Chefredakteur Joachim Böskens und der Aktuell-Chefin

von NDR 1 Radio MV, Gordana Patett. Neben dem Dank für die positive Entwicklung in der Berichterstattung über Probleme der älteren Generation wollten die Teilnehmer auf künftige Aufgaben und Problemstellungen aufmerksam machen. Diskutiert wurde über Berichte zu den Projekten Seniorensicherheitsberater und „Enkel gegen Enkeltrick“, über das unzureichend funktionierende Entlassmanagement aus den Kliniken, über Kurzzeitpflege und mangelnde geriatrische Versorgung. Außerdem wurde auf die Termine 5. Landesseniorentage, 25 Jahre Landesseniorenbeirat und 11. Altenparlament aufmerksam gemacht. Der NDR wies darauf hin, dass Recherchen und Sendebeträge nur dann möglich sind, wenn Betroffene auch bereit sind, über ihre Erfahrungen zu berichten. Gegenwärtig sucht der LSB sowohl Betroffene eines gut funktionierenden Entlassmanagements als auch Betroffene eines nicht funktionierenden. Informationen bitte an lsb@landesseniorenbeirat-mv.de.

*

Ende Juli wurde der Geschäftsführer des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung, Armin Schlender, in den Ru-



hestand verabschiedet. LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich bedankte sich für die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit in der AG Seniorensicherheit. Im November 2013 war auf dem 7. Landespräventionstag auch mit seiner Unterstützung das Projekt „Seniorensicherheitsberater“, zuerst mit vier ehemaligen Mitarbeitern des Landekriminalamts, gestartet worden. Mittlerweile wirken die Seniorensicherheitsberater mit jährlich über 160 Veranstaltungen und über 4000 Teilnehmern sehr erfolgreich im ganzen Land. Noch vor Schlenders Pensionierung wurde ein weiteres Projekt aus der Taufe gehoben, in dem sich die AG direkt an die Enkel wendet, um Enkeltrickbetrügern noch weniger Chancen für ihre Betrügereien an der älteren Generation zu bieten. ■

Medienbildung für Ältere hochaktuell

XI Altenparlament wird vorbereitet – Bericht des Organisationskomitees von der zweiten Sitzung

Im Juni traf sich das Organisationskomitee des XI. Altenparlaments zur 2. Sitzung in Schwerin. Thema war die Bestätigung der Gliederung und Präzisierung der Themen der Leit-anträge im Ergebnis der ersten Zusammenkunft der Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Leit-anträge. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Arbeitsgruppen schon sehr aktiv sind. Von der AG 1 berichtete Bernd Rosenheinrich, dass diese die Aufgaben des Landes bei der Bekämpfung der Altersarmut herausarbeiten will. Schwerpunkt der Betrachtung als Ursache für Altersarmut ist da-

bei der hohe Anteil der Beschäftigten im Mindestlohn, der durchgängig über Jahre hohe Anteil von Langzeitarbeitslosen und höchsten Arbeitslosenzahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Daraus ergeben sich auch bundesweit die niedrigsten Einkommen aus der gesetzlichen Rente, der Haupteinnahmequelle der meisten Rentnerinnen und Rentner des Landes. Deshalb ist die Forderung der Resolution des IX. Altenparlaments von 2016 zur sofortigen Angleichung des Rentenwertes Ost an West noch hochaktuell. Dadurch erhalten aber auch Forderungen zur Sicherung von

bezahlbarem Wohnen sowohl in der typischen Mietwohnung als auch im betreuten Wohnen noch mehr Gewicht. Die AG arbeitet mit der Landesarmutskonferenz und mit dem Erwerbslosenbeirat von MV zusammen. Prof. Ulf Groth, der Leiter der AG, erarbeitete einen Fragebogen für Senioren zum Thema „Lebenssituation Älterer“. Die genaue Formulierung des Themas des Leit-antrags erfolgt im September.

Die AG 2 unter Leitung von Friedrich Wilhelm Bluschke hat schon mehr-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

mals getagt, so auch vor Ort in Demmin. Das Thema „Wohnen“ war bereits mehrfach Gegenstand vergangener Altenparlamente. Auch werden die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zu diesem Thema ausgewertet und mit einbezogen. Es sollen Modellregionen ausgewählt werden, um dort mit Akteuren ins Gespräch zu kommen. Folgende Schwerpunkte wurden diskutiert: Pflegesituation in Gemeinden unter 5000 Einwohnern, Förderung der sozialen Vernetzung, Maßnahmen gegen Vereinsamung, Entlassungsmanagement muss in den Krankenhäusern strukturierter aufgebaut werden, mehr Plätze in der Kurzzeit-

pflege schaffen, Reha-Angebote vielfältigen, Mindeststandard auch für kleine Städte und Gemeinden für ein lebenslanges Leben in der eigenen Häuslichkeit definieren. Diese AG will mit dem Kuratorium Gesundheitswirtschaft, der Alzheimer Gesellschaft und dem Projekt 2030 „Wohnen im demografischen Wandel“ zusammenarbeiten.

Die AG 3 unter Leitung von Michael Schmidt hat das Thema des Leitantes präzisiert. Es lautet: „Analoge Teilhabe in digitalen Zeiten“. Sie fordert, dass in jeder Kommune ein Ansprechpartner für Senioren benannt wird. Die AG hat bei Landtagsfraktionen nachgefragt, wie die Forderungen und Anregungen des 10. Altenparlaments zum Thema „Medienför-

derung älterer Bürgerinnen und Bürger in MV“ bisher umgesetzt wurden. (Der Briefwechsel mit der Fraktion der SPD folgt im Anschluss an diesen Beitrag.) Mit dem neuen Leitantes sollen Maßnahmen gefordert werden, die eine Einschränkung der Lebensqualität der Senioren und Seniorinnen verhindert, die – aus welchen Gründen auch immer – das Internet nicht nutzen können oder wollen. Im Prozess der Erarbeitung der Leitantes ist noch viel zu tun, zu diskutieren, zu prüfen, zu verwerfen, Netzwerkpartner einzubinden und zu formulieren. Wir sind auf einem guten Weg.

Brigitte Seifert
Vorsitzende des Org.-Komitees
des XI. Altenparlaments

spd-fraktion-mv.de

SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern · Lennéstr. 1 · 19053 Schwerin

Herrn
Michael Schmidt

E-Mail: schmidt-zingst@t-online.de



Thomas Krüger
Fraktionsvorsitzender

Schwerin, 4. Juni 2019
gk-ry

Lieber Michael Schmidt,

danke für deine E-Mail vom 8. Mai 2019 betreffs Medienförderung älterer Bürgerinnen und Bürger in MV. Hinsichtlich der Forderungen und Anregungen des 10. Altenparlaments kann ich dir Folgendes mitteilen:

Die gesonderte Aufnahme digitaler Teilhabe in die Landesverfassung ist bisher nicht erfolgt.

Die Schaffung fester Anlaufstellen in den beteiligten Ministerien und die Einrichtung einer zentralen Kontaktstelle als Bindeglied zur Landesregierung wurden im Rahmen der Erörterung des Erfahrungsberichts über die dritte Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz thematisiert. Im Hinblick auf die Digitale Agenda der Landesregierung richten die Ressorts zur Koordinierung nach innen und als Ansprechpartner nach außen jeweils eine Stabsstelle Digitalisierung ein.

Beim landesweiten Netzwerk Medienaktiv M-V stehen u.a. die Medienkompetenz-Förderung und der Medienschutz auch für Senioren im Mittelpunkt. Das Netzwerk bindet alle Institutionen ein, in denen die Thematik Medien eine Rolle spielt. Zum Netzwerk gehören neben der Medienanstalt z.B. der Landesdatenschutz, das Landeskriminalamt und die Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung. Beim Thema Medienkompetenz ist Mecklenburg-Vorpommern gut aufgestellt; die Akteure in den bestehenden Strukturen und Initiativen leisten eine fachlich fundierte Arbeit, so dass kein Anlass gesehen wird, zusätzliche Stellen zu schaffen.

Die Bereitstellung von WLAN und die Schaffung von mit digitalen Medien ausgestatteten Räumen für Seniorinnen und Senioren werden von uns befürwortet. Aus dem Strategiefonds des Landes werden in den kommenden Jahren 400.000 Euro für die Förderung von Freifunk – die Schaffung kostenfreier und offener Internetzugangspunkte mittels WLAN über ehrenamtlich aktive Vereine – zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang sollen auch die Kommunen über diesbezügliche Möglichkeiten informiert und für eine stärkere Nutzung bestehender Freiräume, bspw. dem zur Verfügung stellen von Installationspunkten, sensibilisiert werden. Parallel gibt es seitens der Europäischen Union das Förderprogramm WiFi4EU, mit dem Kommunen Geld für den Aufbau einer öffentlich zugänglichen WLAN-Infrastruktur erhalten können. Im Grundsatz ist der Zugang zum weltweiten Datennetz aber kein Thema, bei dem einzelne Altersgruppen in besonderer Weise zu fördern wären, da die Infrastruktur allen Altersgruppen gleichermaßen zur Verfügung steht und altersspezifische Unterschiede sich auf Ebene von Anwendungsprogrammen und Endgeräten niederschlagen, nicht jedoch in der technischen Infrastruktur zur Datenübermittlung.

Die aktuelle Seniorengeneration hat zum Teil noch erheblichen Nachholbedarf hinsichtlich der Nutzung digitaler Medien. Dabei bieten diese gerade für ältere Menschen etwa im Hinblick auf den Bereich der Telemedizin neue Möglichkeiten. Wir wollen daher, dass ältere Menschen weiterhin über das Thema Internet informiert und zu dessen Nutzung bewegt und befähigt werden. Vor diesem Hintergrund sollte die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der Partner der Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz verstärkt werden.

Die Bereitstellung gesonderter Mittel im Landeshaushalt für die Förderung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren werden wir prüfen.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Krüger
Fraktionsvorsitzender

Hallo Thomas,

hier eine kritische Anmerkung zu der Stellungnahme aus dem Landtag zu unserem Leitantrag „**Medienkompetenzsteigerung für die ältere Bevölkerung**“.

„Es ist sehr bedauerlich in der Stellungnahme zu lesen, dass die SPD-Fraktion der Meinung ist, dass die bestehenden Strukturen und Initiativen im Lande ausreichend wären, um den großen Bedarf an Medienbildungsangeboten und an medienpädagogischen Fachkräften abbilden zu können. Das ist mitnichten so und wurde in den vergangenen Jahren durch das Medienaktiv M-V Netzwerk und die LAG Medien immer wieder thematisiert.

Es ist sehr erstaunlich, dass angesichts dieser Tatsache kein Anlass gesehen wird, zusätzliche Stellen zu schaffen. Die wenigen Mitglieder des Medienaktiv M-V Netzwerkes arbeiten ehrenamtlich im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern und die wenigen verbliebenen medienpädagogischen Fachkräfte des Landes leben häufig von nicht üppig ausgestatteten Projektfördertöpfen, die zumeist nur für den Zeitraum von einem Jahr gelten. Die Ressourcen sind hier ganz klar ausgeschöpft und werden seit vielen Jahren überdehnt.

Auch wenn mit dem neuen Rahmenplan „Digitale Kompetenzen“ oder der „Digitalen Agenda“ der Landesregierung das Thema Medienbildung etwas fokussierter betrachtet wird, so kann Schule für das Erlernen des kompetenten Umganges mit den digitalen Medien nicht der alleinige Ort sein. Ebenso müssen Familien, außerschulische Orte der Kinder- und Jugendbildung, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenheime, Bürgerzentren und Volkshochschulen für die Vermittlung von Kompetenzen zur digitalen Selbständigkeit inhaltlich und strukturell ausgestattet werden. Hierbei kommt es insbesondere auf einen kulturellen und gesellschaftlichen, am Menschen orientierten Wirkungsfaktor von Medienbildung an. Und dafür bedarf es dringend eines medienpädagogischen Fachkräfteprogramms.

*Deshalb muss Medienbildung auch Bestandteil der universitären Lehramtsausbildung als auch aller pädagogischen Ausbildungsgänge (Erzieher*innen im frühkindlichen Bereich, außerschulische Pädagog*innen und Sozialpädagog*innen) werden. Fachkräfte sollen durch medienpädagogische Fachkräfte unterstützt und gebildet werden. Hierzu bedarf es aber der in der ersten Stufe (dringlich) der Sicherung der bereits bestehenden wenigen Fachkräfte im Land.*

*Hierfür müssen gemeinsam mit den Partnern und Unterzeichnern der Kooperationsvereinbarung Strategien, Konzepte und Finanzierungsstrukturen (neue Förderpolitik) entwickelt werden. Nur so kann der unverändert hohe Bedarf nach Medienkompetenz-Schulung für alle Altersgruppen aufgrund derzeit **fehlender Personal- und Finanzressourcen** zufriedenstellend gedeckt werden.“*

Wird hier zwar ein „Rundumschlag“ gestartet, dennoch sind doch viele Kritikpunkte zutreffend und sollten der Fraktion zu denken geben.

Noch kochen zu viele Köche im „digitalen Brei“ und eine wirkliche Konzentration verbunden mit entsprechenden Fortschritten ist noch nicht feststellbar.

Ich würde mich sehr freuen, deine Stellungnahme zu dieser Kritik zu erhalten.

Beste Grüße
Michael

Wortmeldung:

Hat auch daran schon jemand gedacht?

Elektroroller, Elektro- und Hybridautos sollen schon bald unsere Innenstädte erobern und ein Beitrag zum Klimaschutz sein. Weniger Autos in der Innenstadt. Das macht aber nur Sinn, wenn mit den Elektrofahrzeugen Autos und Motorräder ersetzt werden.

Die leise rollende Gefahr!

Elektrisch fahrende Fortbewegungsmittel können Ältere nicht gut hören. Lautlose Elektrofahrzeuge stellen für Fußgänger und Radfahrer eine Unfallgefahr dar, die größer ist als bei herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor. Deshalb ist es wichtig, dass alle Elektro- und Hybridfahrzeuge ein Warngeräusch von sich geben. Per Gesetz ist das aber erst ab Juli 2021 vorgeschrieben.

Elektrofahrzeuge, lautlos auf den Straßen unterwegs, werden zur Gefahr, weil nicht nur blinde und sehbehinderte Menschen, sondern auch

Kinder, Radfahrer und ältere Verkehrsteilnehmende dann einem größeren Sicherheitsrisiko ausgesetzt sind. Alle Elektrofahrzeuge brauchen ein verpflichtendes und an die Verkehrssituation angepasstes Signal, welches von Jedem wahrgenommen werden kann. Und das nicht erst ab Juli 2021. Nur mit einem Signal können sich schutzbedürftige Verkehrsteilnehmer, egal ob jung oder alt, im Verkehr orientieren.

Im Ausland habe ich auch festgestellt, dass Elektroroller achtlos auf Gehwegen abgestellt wurden. Und Kopfsteinpflaster sind für die Roller ungeeignet. Da wird stets der Bürgersteig genutzt. Wer kontrolliert das?

Es müssen für die Innenstädte schnell Nutzungsregelungen her, denn die Roller sind kein Spielzeug. Für Kinder, Ältere und behinderte Menschen ist das Risiko am höchsten. Sie können

nicht so schnell reagieren und zur Seite springen.

Elektroroller sind eine Alternative für Fußgänger und zum Fahrrad. Niemals aber zum Auto.

Auf Fußwegen unterwegs – das geht gar nicht. Über höhere Bußgelder und vor allem die 0,0-Promille-Grenze sollten die Städte nachdenken. Alkohol macht die Sache noch gefährlicher. Das Abstellen auf Fußwegen muss verboten werden.

Ältere Menschen fühlen sich unsicher, wenn sie in der Stadt unterwegs sind. Sie müssen sogar mit Rollatoren oder Rollstühlen an manchen Stellen Slalom fahren.

Also Fluch und Segen – die neue Elektromobilität!

*Siegfried Schwinn, Vorsitzender des
Seniorenbeirats Schwerin
Stellvertretender LSB-Vorsitzender*

Aus der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats

Arbeitsberatungen im vierten Quartal 2019: 8. Oktober, 12. November und 3. Dezember

Regionalkonferenzen: 11. September in Ueckermünde, 18. September in Ludwigslust

Herbsttagung: 4. und 5. November

Neuer Name: Die Leiterin der Geschäftsstelle heißt nach ihrer Eheschließung Anett Jepp

Neuer Ort der Beschäftigung

Ob Diebstahl, Raubmord oder Totschlag – sie sind überall dabei. Betagte Prozessbeobachter gehören in vielen deutschen Gerichtssälen fast schon zum Inventar. Was die so genannten Gerichtsrentner antreibt, ist jedoch nicht bloße Sensationsgier. Der Ruhestand birgt die Chance, sich endlich seinen Hobbys zu widmen. Dass das Klischee der Krückstock oder Stricknadel schwingenden Rentner, die in Parks, Museen oder Konzerthäuser fluten, allerdings nicht zutrifft, zeigen nicht nur die steigenden Zahlen der Seniorenstudenten. Es gibt noch – siehe eingangs – einen weiteren Ort, der sich zunehmender Beliebtheit erfreut: der Gerichtssaal. Die Einen faszinieren der Blick in menschliche Abgründe, das Zusammenspiel zwischen Anwälten, Zeugen und Gutachtern, das Erkennen eigener Vorurteile. Andere haben selbst Erfahrungen vor Gericht gemacht und sehen sich als Vertreter der Öffentlichkeit, die das Gericht kontrollieren. dlf

Gleicher Lohn in West und Ost

Sozialministerin Drese: Bessere Bezahlung in der Altenpflege muss kommen!

Als „wichtigen Grundstein für höhere Löhne in der Altenpflege“ bezeichnete Sozialministerin Stefanie Drese den Beschluss der Bundesregierung über den Gesetzentwurf für eine bessere Vergütung in der Altenpflege. Damit zeige Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zwei Wege auf für eine deutliche Lohner-

höhung der Beschäftigten in der Altenpflege: die Aushandlung eines Tarifvertrags, der dann für allgemeinverbindlich erklärt werden kann, oder die Festschreibung höherer Lohnuntergrenzen. Die Ministerin verdeutlichte, dass von höheren Löhnen vor allem die Beschäftigten im Osten profitieren würden. „Es gibt

eine erhebliche Lohnlücke, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geschlossen werden kann und das Altenpflegerinnen und -pfleger in Ost und West künftig denselben Lohn erhalten sollen.“ Bisher verdienen Beschäftigte in der Altenpflege im Osten durchschnittlich etwa 500 Euro weniger als im Westen. ■

Unterstützung im Alltag

Land führt Nachbarschaftshilfe für Pflegebedürftige ein

„Die Gewährleistung einer guten Pflege auch in der Zukunft ist eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten, der wir uns stellen müssen.“ Das betont Sozialministerin Stefanie Drese. Angesichts des demografischen Wandels und der beständig steigenden Lebenserwartung sei ein Bündel pflegepolitischer Maßnahmen notwendig. Die Landesregierung setze dabei auf einen ausgewogenen Mix aus professioneller, familiärer sowie ehrenamtlicher Pflegestruktur.

Die dafür notwendigen Schritte seien seit längerer Zeit eingeleitet. Dabei werden nach Angaben der Ministerin von aktuell gut 91.000 Pflegebedürftigen im Land – 12 000 mehr als zwei Jahre zuvor – annähernd 80 Prozent zu Hause betreut, rund 45.000 allein von sie umsorgenden Angehörigen. In Kürze sollen ehrenamtliche Nachbarschaftshelferinnen und -helfer ausgewählte niedrigschwellige Leistungen zur Unterstützung im Alltag für Pflegebedürftige im Rahmen einer Einzelbetreuung erbrin-

gen können. Beispiele sind: Hilfen im Haushalt, Einkaufen oder Begleitung zum Arzt oder zu Behörden.

In Anklam erläuterte die Sozialministerin die neue generalistische Ausbildung. Sie vereint ab 2020 die Berufsbilder der Alten-, der Kranken- und der Gesundheitspflege. Hinzu komme die Schulgeldfreiheit für alle Jahrgänge. „Knapp 900 Pflegeschüler werden davon profitieren“, so die Ministerin. Auch die Vergütung im Pflegeberuf müsse nach ihrer Ansicht besser werden. ■

Säule der pflegerischen Versorgung

Sozialministerin begrüßt Entlastung von pflegenden Angehörigen

Die derzeitige Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK), Landessozialministerin Stefanie Drese, unterstützt das von der Bundesregierung beschlossene Angehörigen-Entlastungsgesetz. „Pflegende Angehörige sind bundesweit die tragende Säule der pflegerischen Versorgung und pflegen oft über Jahre hinweg ihre Eltern, Partner oder nahen Verwandten

oft bis zur Grenze der Belastbarkeit“, hebt sie hervor. „Ich begrüße es sehr, dass sie mit dem Gesetz jetzt vor unkalulierbaren finanziellen Forderungen geschützt werden.“ Eltern und Kinder von pflegebedürftigen Angehörigen müssen danach künftig erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von 100.000 Euro einen Beitrag zu den Pflegekosten leisten. Die Entlastung und bessere Un-

terstützung der pflegenden Angehörigen sei ihr ein besonderes Anliegen. „Für mich beginnen die notwendigen Struktur- und Hilfsangebote nicht erst bei der Pflege, sondern zunächst bei der stetigen Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege.“ Dies müsse genauso selbstverständlich werden wie die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf. ■

Mit Vierzig beginnt das Altsein der Jungen, mit Fünfzig das Jungsein der Alten.

Spruchwort

Auch Angelika Reichelt ist dabei

Johannes-Stelling-Preis verliehen / LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich hielt Laudatio

Der Vorsteher der islamischen Gemeinde in Rostock, Dr. Maher Fakhouri, ist mit dem diesjährigen Johannes-Stelling-Preis der SPD-Landtagsfraktion ausgezeichnet worden. Mit der Verleihung erinnert die SPD-Landtagsfraktion an das Wirken des von Nazis ermordeten SPD-Politikers Johannes Stelling (siehe auch vorigen Seniorenkurier). Außerdem wurden die Freie Schule Güstrow, die seit Jahren den Titel „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ trägt, und die Polizeibeamtin im Ruhestand und Seniorensicherheitsberaterin Angelika Reichelt aus Rostock, die sich ehrenamtlich im Bereich Demokratieförderung engagiert, mit einem Ehrenpreis ausgezeichnet.

„Ich bin stolz darauf, wie viele Menschen in unserem Land sich gegen Hass und für eine offene Gesellschaft engagieren. Wir sind viele, wir sind mehr. Wir, die für eine offene Gesellschaft eintreten, die in Freiheit und Frieden leben wollen, wir wollen eine Gemeinschaft, die zusammenhält und keine, die trennt“, lobte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in ihrer Festrede die Nominierten und die zahlreichen Engagierten Bürger*innen des Landes, die an diesem Tag nicht mit ihrem Engagement in der Öffentlichkeit standen. Für einen Höhepunkt der diesjährigen Festveranstaltung sorgte am Klavier der von der Band „Die Prinzen“ bekannte Sänger und Musiker Sebastian Krumbiegel, der selbst Opfer von gewalttätigen Rechtsextremisten geworden war.

Zu Angelika Reichelt hielt Bernd Rosenheinrich, Vorsitzender des Landesessenorenbeirats, die Laudatio. „Mit fast 61 Jahren und nach 42 Dienstjah-



Thomas Krüger überreicht Angelika Reichelt den Ehrenpreis.

Foto: KPR

ren in der Polizei wurde Angelika Reichelt zum 1. April 2017 in den polizeilichen Ruhestand versetzt“, begann er. „Am 5. März 2018 ernannte Polizeipräsident Thomas Laum sie zur Seniorensicherheitsberaterin der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern.“ Im Rahmen eines vom Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung geförderten Projekts in Trägerschaft des Landesessenorenbeirats beraten pensionierte Polizeibeamtinnen und -beamte Seniorinnen und Senioren über verschiedenste Formen und Methoden von Betrügereien, um zu verhindern, dass Ältere um ihr Erspartes erleichtert werden. Auf Empfehlung des damaligen Leiters der Polizeiinspektion Rostock, Michael Ebert, befassten sich diese Beratungen nicht nur mit dem Thema Sicherheit im Alltag, sondern auch mit dem Thema Demokratie und Toleranz. Letzteres wurde neu in das Aufklärungsprogramm des Kommunalen Präventionsrates Rostock aufgenommen.

Bernd Rosenheinrich weiter: „Angelika Reichelt begann ihre Beratungstätigkeit aber bereits wesentlich früher. In der Landespolizei M-V wurde im Rahmen der polizeilichen Verkehrsprävention das Verkehrssicherheitsprojekt Polizeipuppenbühne M-V aufgebaut. Nach einer umfangreichen Ausbildung im polizeilichen Handpuppenspiel wurde Frau Reichelt zu deren Leiterin ernannt, und im Juni 1995 begann das polizeiliche Verkehrssicherheitsprojekt, das sich aber nicht nur der Verkehrsprävention widmete, sondern später auch der polizeilichen Kriminalprävention. Schon der ‚Kasper‘ mit seinen Freunden sprach mit den Kindern über Gewalt, Angst, Freunde, Sicherheit, Toleranz und andere Werte einer demokratischen Grundordnung. Später wurde die Puppenbühne von der Polizeidirektion Rostock dem Bereich der polizeilichen Prävention des Landeskriminalamts zugeordnet. Frau Reichelt ist nach zehnjährigem Bestehen der Puppenbühne und dem ersten landesweiten Festival der Polizeipuppenbühnen in der Landespolizei ausge-



Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

schieden und hat in der Polizeidirektion Rostock die polizeiliche Kriminalprävention aufgebaut. Unter anderem hat sie in den Schulen ab der 8. Klassen und in den Berufsschulen zu den Themen Sucht und Drogen und daraus resultierenden Straftaten, in Zusammenarbeit mit der Hansestadt Rostock, Vorträge gehalten. Mit Schülern besuchte sie im Rahmen der Jugendweihe-Veranstaltungen Gerichtsverhandlungen, um den Jugendlichen die Gewaltenteilung nach Artikel 20 des Grundgesetzes nicht nur theoretisch, sondern auch am praktischen Beispiel einer Gerichtsverhandlung zu vermitteln.“

Von März bis Dezember 2018 betreute Angelika Reichelt im Auftrag des Kom-

munalen Präventionsrats die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ im Rostocker Rathaus. Ihr ausgeprägtes Rechtsempfinden angesichts des Erstarkens des Rechtsextremismus motiviert sie, auch nach dem Ausscheiden aus dem Polizeidienst weiterhin aktiv zu bleiben.

Im September 2018 begann die Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum der Evangelischen Akademie der Nordkirche mit Standort Roggentin. Hierfür erarbeitete sie einen Vortrag zum Thema „Unsere Werte – Unsere Demokratie“, der über den kommunalen Präventionsrat Rostock angeboten wird und auch durch den Landesseniorenbearat angefordert wurde. Rosenheirich: „Zielgruppe ihres Engagements ist

die Generation 60 plus, um diese über die Herausforderungen durch politisch extreme Phänomene aufzuklären und Menschen zu ermutigen, sich aktiv für die Demokratie einzusetzen. Forderungen und Gedanken aus der ‚Mitte der Gesellschaft für eine erweiterte Toleranz in Richtung rechts‘ oder Begeisterung für: „einen gesunden Patriotismus, Heimatliebe oder das bewusste Leben von Werten ist wichtig für unser Land“ im Ergebnis einer Rechtsentwicklung in der Gesellschaft verdeutlichen, wie wichtig und notwendig die engagierte ehrenamtliche Arbeit von Frau Reichelt und wie sehr sie der aktuellen politischen Situation angemessen ist. Deshalb: Herzlichen Glückwunsch und künftig viel Erfolg!“

Ministerinnen haben sich geeinigt

„Sport“ wechselt ins Sozialministerium

Die Zuständigkeit für den Sport wechselt vom Bildungs- ins Sozialministerium. Darauf haben sich Bildungsministerin Bettina Martin und Sozialministerin Stefanie Drese verständigt. „Der Sport hat in der Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Viele Menschen lieben den Sport, engagieren sich ehrenamtlich in

Sportvereinen und tragen damit zu einem besseren Miteinander bei“, sagte die Bildungsministerin. Sport könne nun wieder im Sozialministerium mit dem Thema Ehrenamt zusammengeführt werden.

„Ich freue mich sehr auf das neue Aufgabenfeld“, so die Sozialministerin. „So-

wohl der Breiten- als auch der Leistungssport haben eine überragende Bedeutung für unser Land.“ Möglichst viele Menschen sollten sich, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und nach ihren Interessen und Fähigkeiten, sportlich betätigen können.

Ein ganz neues Bild von Carl Malchin

Ausstellung im Staatlichen Museum Schwerin findet große Resonanz

Bis zum 6. Oktober macht das Staatliche Museum Schwerin mit einer Ausstellung auf sich aufmerksam, die weit über die engeren Grenzen hinaus reicht und auch außerhalb unseres Bundeslandes überdurchschnittliches Interesse findet – nicht zuletzt bei vielen Seniorinnen und Senioren, wie die Vernissage Anfang Juli deutlich machte. Ein neues, überraschend anderes Bild wird von Carl Malchin (1838-1923) gezeigt, dem aus Kröpelin stammenden Begründer der mecklenburgischen Land-

schaftsmalerei. Sehr lange, bis in unsere jüngste Vergangenheit hinein, werteten Kunstbessene wie -experten Malchin quasi als heimattümelnden „Fließbandkünstler“, der Zeichnungen, Ölskizzen und Gemälde „aus dem Ärmel schüttelte“. Immerhin besitzen die Staatlichen Schlösser, Gärten und Kunstsammlungen MV rund 680 Arbeiten von ihm. Das Panoramagemälde „Blick vom Artillerieberg auf Schloss und Stadt Schwerin“ sowie die „Wassermühle in Mühlen Eichen“ gehören dazu, ebenso mat-

schige Straßen und seichte Strände zwischen Boltenhagen, Schwaan und Ivenack, zwischen Dömitz und Müritzt. Hinzu kommt die „stille Schönheit bei Lübeck“ mit Israelsdorf und Gothmund.

Wie falsch die bisherige Wertung war, belegt nun die in Deutschland umfassendste Schau mit etwa 300 Werken des Künstlers, der, im Verfolg der französischen Landschaftsmaler der Schule Barbizon, das Skizzieren der Natur mit Ölfarben im Freien vorbildhaft auf Norddeutschland übertrug. In der Vernissa-

ge betonte denn auch Dr. Pirko Kristin Zinnow, die Direktorin der Staatlichen Schlösser, Gärten und Kunstsammlungen: „Die Ausstellung ordnet erstmals das Werk Malchins in die internationalen Tendenzen der realistischen Landschaftsmalerei ein.“ Führende Kommunalpolitiker nahmen an der festlichen Eröffnung teil, darunter Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier, Vize-Landtagspräsidentin Beate Schlupp und Finanzminister Reinhard Meyer. Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt war durch seinen Vorsitzenden Siegfried Schwinn vertreten.

Kurator Dr. Tobias Pfeifer-Helke und seine Mitarbeiter hatten über mehrere Jahre hinweg die heute kompetente Wertung Carl Malchins erarbeitet und stellen nun am Beispiel von 240 Werken des Künstlers und 60 Arbeiten seiner Lehrer und Vorbilder die Lebens- und Schaffensstationen vor – getreu dem Motto der Schau: „Von Barbizon bis ans Meer – Carl Malchin und die Entdeckung Mecklenburgs“. Zugleich ist damit ein wichtiger Bestand des Museums wissenschaftlich bearbeitet und wird nun



Carl Malchin, Stadtansicht mit St. Nikolai, 1907-08

© Staatliche Schlösser, Gärten und Kunstsammlungen Mecklenburg-Vorpommern, Foto E. Walford

der Öffentlichkeit vorgestellt. „Malchins an der heimischen Landschaft und den einfachen Menschen interessierte Malerei war etwas gänzlich Neuartiges im Land“, betonen die Ausstellungsmacher. „Erstmals erhob ein Künstler das alltägliche Leben der Bevölkerung Mecklenburgs zum Inhalt seiner Kunst.“

Sechs Studenten aus Wismar bearbeiteten mehrere Arbeiten von Carl Malchin digital und zeigen in der Ausstellung großformatig entstandene Videos mit Bewegtbildern. Auch vor dem Künstlerporträt machten sie nicht Halt. Eine Brücke in die Gegenwart schlägt auch das Projekt „Landinventur“ (www.landinventur.de), mit dem das Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V. aus Bollewick an der Müritz die Einzigartigkeit der mecklenburgischen Dörfer erfahrbar machen und damit dem vorherrschenden Blick auf ländliche Räume ein neues Bild entgegensetzen möchte. Auf carlmalchin.museum-schwerin.de ist ein Blick hinter die Museumskulissen möglich: Anhand eines Zeitstrahls kann nachvollzogen werden, wie eine Ausstellung vorbereitet wird.

Während der Ausstellungsdauer kann ein 92 Seiten umfassendes Malchin-Magazin, gestaltet von Dirk Blübaum, Heike Kramer und Claudia Klein, käuflich erworben werden. Seniorinnen und Senioren sind am 17. September um 14 Uhr zu einem „Kaffeeklatsch bei Carl Malchin“ eingeladen. *ric*

Wie erreicht man die Älteren?

Arbeitstreffen der Medienanstalten aus unserem Bundesland und aus Thüringen

Der Medienausschuss Mecklenburg-Vorpommern und die Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) trafen sich zu einem intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch in Schwerin. Beide Seiten informierten sich dabei über Bürgermedien, den Stand der schulischen Medienbildung sowie die Situation der lokalen Fernsehsender im jeweils anderen Bundesland. Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Thema „Medienbildung für Seniorinnen und Senioren“. „Wie können Eltern und ältere Menschen insbesondere im ländlichen Raum in die Lage versetzt werden, noch intensiver und kritisch an der digitalen Welt teilzuhaben?“ fragte Jochen Fasco, Direktor der Thüringer Landesmedienanstalt.



Treffen in Schwerin: (v. l.) Marleen Janew, Vorsitzende des Medienausschusses MV, Bert Lingnau, Ilona Helena Eisner, stellvertretende Vorsitzende der TLM-Versammlung, Jochen Fasco, Direktor der TLM, und Steffen Lemme, stellvertretender Vorsitzender der TLM-Versammlung.

Foto: Florian Steffen

Antworten darauf gaben Prof. Dr. Roland Rosenstock und Birgit Hofmann vom Medienzentrum Greifswald e. V., die im Rahmen der Fortschreibung des Medien-Ratgebers „Medienkompass MV“ eine umfangreiche Materialsammlung erstellt haben. „Diese Sammlung zeigt vielfältige, individuelle Möglichkeiten, wie digitale Medien den Alltag älterer Menschen erleichtern und bereichern können. Da werden z. B. Tipps für das Kochen, Reisen, Einkaufen und die Trauerbewältigung gegeben. Ganz nebenbei wird Medienkompetenz vermittelt“, so Bert Lingnau, Direktor der Medienanstalt MV. Die Materialsammlung werde in das Portal www.medienkompetenz-in-mv.de einfließen. ■

Wissen über Symptome weitergeben

Alzheimer Gesellschaft sucht Dozenten für Angehörigenschulungen

Nach wie vor werden zwei Drittel aller Menschen mit Demenz zu Hause durch ihre Familien versorgt. Die Alzheimer-Erkrankung und andere Formen der Demenz sind langsam fortschreitende Erkrankungen, die Betroffene und ihre Angehörigen gerade in der Häuslichkeit vor große Herausforderungen stellen. Für uns als Landesverband der Deutschen Alzheimer Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommern ist es eine Herzensangelegenheit, das Wissen über die Symptome weiterzugeben und mit den Informationen zu Entlastungsangeboten die Lebensqualität von pflegenden Angehörigen und Menschen mit Demenz zu verbessern. Es gibt eine Schulungsreihe, die auf die Informationsbedürfnisse von pflegenden Angehörigen eingeht und Aspekte zum Verlauf der Krankheit berücksichtigt, Pflege- und Finanzierungsfragen beantwortet und ein neues Verständnis für Reaktionen von Menschen mit Demenz im täglichen Miteinander schafft. Dabei liegt der Schwerpunkt in der



**Deutsche Alzheimer Gesellschaft
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Selbsthilfe Demenz**

Kommunikation und im Umgang mit Menschen mit Demenz und stellt eine Mischung aus Information, Reflektion und Austausch dar.

Die Angehörigenschulung wurde vom Deutschen Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e.V. (DZNE) in Zusammenarbeit mit dem Landesverband MV der Alzheimer Gesellschaft Selbsthilfe Demenz e.V. entwickelt und wird vom DZNE wissenschaftlich begleitet.

Mit der wohnortnahen Wissensvermittlung im ganzen Bundesland schließen sich die Informationslücken, die nach einer Diagnosestellung bei Betroffenen und deren Angehörigen entstehen. Kathrin Ruhkiewek, erste Vorsitzende des Landesvorstands der Alzheimer Gesellschaft, betont: „Es ist von

großer Bedeutung, dass Wege aufgezeigt werden, wie pflegende Angehörige Hilfsangebote vor Ort in Anspruch nehmen können, sich gegenseitig im Gespräch mit anderen stärken und sich über hilfreiche Tipps austauschen.“

Die Gesellschaft hat sich als Ziel gesetzt, pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz in ihrem Alltag mit Wissen zu unterstützen und ihre hohen psychischen und körperlichen Belastungen etwas zu mindern. Sie freut sich, wenn möglichst Viele ihr Anliegen als selbstständige Dozentin oder selbstständiger Dozent für die Angehörigenschulungen im Rahmen einer Honorarvereinbarung unterstützen.

Weitere Infos unter der Telefonnummer (0381) 208 754 00 oder unter der E-Mail-Adresse: info@alzheimer-mv.de ■

Verständnis für Betroffene

„Blickpunkt Auge – Rat und Hilfe bei Sehverlust“ in Rostock und Wismar

Als 13. Bundesland gehört seit Juni MV dem Beratungsverbund „Blickpunkt Auge – Rat und Hilfe bei Sehverlust“ an. Elisabeth Fehmers vom Beraterteam in Wismar wendet sich besonders an ältere betroffene Menschen:

„Wir möchten da sein für Menschen, die Probleme mit dem Sehen haben, von einer Augenerkrankung betroffen sind, etwa von Makula-Degeneration, Glaukom (Grüner Star), Grauem Star oder einer diabetischen Netzhauterkrankung, aber auch für diejenigen, die von Sehverlust bedroht oder bereits betroffen sind. Viele fragen sich, wie es weitergehen soll, wie sie trotz

Seheinschränkung ihren Alltag bewältigen und auch mobil und möglichst weitgehend eigenständig bleiben können.“

Als selbst Betroffene haben sich die Berater mit diesen Fragen bereits auseinandergesetzt und die Erfahrung gemacht, „wie wichtig es ist, damit nicht allein gelassen zu werden, Verständnis und Rat zu finden und Solidarität zu spüren“. Elisabeth Fehmers: „Wir haben Zeit für Betroffene, hören zu und suchen gemeinsam nach Wegen. Wir möchten Mut machen und konkret helfen. Wir wollen auch für die Angehörigen da sein und raten, wie sie die neue Situation bewäl-

tigen, Betroffene unterstützen und selbst Unterstützung finden können.“

„Blickpunkt Auge“ wird unterstützt von der Aktion Mensch, der Bert Mettmann Stiftung und von regionalen Förderern. Die Telefonberatung Rostock, Ansprechpartner: Frank Klosa, hat Sprechzeiten jeden Donnerstag von 14 bis 16 Uhr, Tel.: 0381 – 7 78 98 18, e-mail: f.klosa@blickpunkt-auge.de; Telefonberatung Wismar, Ansprechpartnerin: Elisabeth Fehmers, ist jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 16 bis 19.30 Uhr erreichbar, Tel.: 038426 – 22 42 23, e-mail: m-v@blickpunkt-auge.de ■

Die Berater kommen auch nach Hause

Vorgestellt: Die Pflegestützpunkte des Landkreises Nordwestmecklenburg

Seit 2013 gibt es in Nordwestmecklenburg die Pflegestützpunkte in der Grevesmühlener Malzfabrik und in Wismar in der Rostocker Straße 76. Auch im Ärztehaus in Gadebusch wird regelmäßig donnerstags eine Sprechzeit angeboten. Träger sind die Kranken- und Pflegekassen im Land gemeinsam mit den Kommunen. Die Pflege- und Sozialberaterinnen an den genannten Standorten beraten kostenlos, umfassend, kompetent und neutral, etwa zu Fragen wie:

- Wie kann ich meinen Angehörigen von der Pflege entlasten?
- Wo finde ich passende Hilfsangebote, wie Pflegedienste oder Tagespflegeeinrichtungen?
- Wann beantrage ich einen Pflegegrad?

und vieles mehr.

Die Beraterinnen der Pflegestützpunkte

- helfen bei der Antragstellung
 - ermitteln systematisch den individuellen Hilfebedarf
 - begleiten den Pflegebedürftigen und seine Angehörigen vom ersten Kontakt bis zur Umsetzung der gefundenen individuellen Lösung
 - informieren über Rechtsansprüche von Pflegepersonen
- und vieles mehr.

Die Pflegestützpunkte vernetzen vorhandene Strukturen und bauen Ko-



Pflegeberaterinnen Manuela Steinhusen-van Heiden (links) und Kathrin Menck



operationen auf, um für pflegebedürftige Menschen eine abgestimmte Versorgung und Betreuung im jeweiligen Wohnquartier zu ermöglichen. Alle Dienste, die der Aufrechterhaltung des Lebens im eigenen Haushalt oder im Haushalt der privaten Pflegeperson dienen, werden hier gebündelt oder vermittelt.

Viele Ratsuchende möchten bei Pflegebedürftigkeit in der Häuslichkeit verbleiben. Daher kommen die Beraterinnen auf Wunsch auch nach Hause, um gemeinsam individuelle Lösungen vor Ort zu finden und bei der Umsetzung zu unterstützen.

Infos:

Pflegestützpunkt Wismar

Rostocker Straße 76, 23970 Wismar,
Telefon: (03841) 3040-5082,
E-Mail: pflegestuetzpunkt.hwi@nordwestmecklenburg.de
Öffnungszeiten: Dienstag 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr, Donnerstag 9 bis 12 und 13 bis 18 Uhr sowie nach Vereinbarung, auf Wunsch auch zu Hause



Sozialberaterin Yvonne Zobel und die Pflegeberaterinnen Marlind Schöne und Sabine Schröder (v. l. n.r.)

Pflegestützpunkt Grevesmühlen

Börzower Weg 3, 23936 Grevesmühlen,
Telefon: (03841) 3040-5080,
E-Mail: pflegestuetzpunkt.gvm@nordwestmecklenburg.de
Öffnungszeiten: Dienstag und Donnerstag 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarung, auf Wunsch auch zu Hause.

Am Sprechtag in Gadebusch im Ärztehaus in der Erich-Weinert-Straße jeden Donnerstag im Monat von 9 bis 12 Uhr sowie im Internet: www.PflegestuetzpunkteMV.de

Zusatzangebot Tagespflege:

Als Tagespflege (auch teilstationäre Versorgung genannt) wird die stundenweise Betreuung im Tagesverlauf in einer Pflegeeinrichtung bezeichnet. Pflegebedürftige ab Pflegegrad 2 können neben der ambulanten Pflegesachleistung oder dem Pflegegeld die Leistungen der Tagespflege zusätzlich in vollem Umfang in Anspruch nehmen. Die Höhe der Leistung richtet sich nach dem Pflegegrad.

Die Pflegekasse übernimmt während des Aufenthalts in der Tagespflege alle notwendigen pflegebedingten Aufwendungen, z. B. Grundpflege, die Versorgung mit Speisen und Getränken, die Aufwendungen für die soziale Betreuung und die Aufwendungen für die Leistungen der medizinischen Behandlungspflege, z. B. Medikamentengabe. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten sind vom Pflegebedürftigen selbst zu tragen.

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Bei Pflegegrad 2 kann der Pflegebedürftige z. B. Leistungen bis zu 689 Euro monatlich für die Tagespflege in Anspruch nehmen. Die Tagespflege umfasst auch die notwendige Beförderung des Pflegebedürftigen von der Wohnung zur Tagespflegeeinrichtung und zurück. Die Betroffenen kommen aus der Häuslichkeit, aus dem Betreuten Wohnen

und aus Wohngruppen in die Tagespflegeeinrichtung – einige die ganze Woche, einige nur tageweise. Vorteilhaft ist, wenn die Tagespflege über einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen wird. Die Betroffenen haben sich dann gut eingewöhnt, erfahren Struktur und Versorgung sowie Unterhaltung. Ein großer Vorteil der Tagespflege ist, dass die Betroffenen sich der Struktur und den Angeboten der Tagesgestaltung nicht so

leicht entziehen können. Das motiviert die Betroffenen, und wenn das Spielen oder Singen erst einmal begonnen hat, macht es den Menschen meistens auch Spaß, und sie sind in der Gemeinschaft. Die Tagespflege stellt somit eine ergänzende ambulante Versorgung für pflegebedürftige Menschen dar, und die pflegenden Angehörigen können während dieser Zeit entlastet werden.

Pflegestützpunkt NWM

Sparpaket für den Alltag

Man braucht weniger Geld und Energie – auch die Umwelt wird geschützt

Ob Heizen, Lüften, Beleuchten, Fernsehen oder Autofahren – schon mit geringen Veränderungen im Alltag lassen sich Energie und Geld sparen und letztlich auch die Umwelt schützen.

Kleiner Dreh am Heizregler

Temperaturen zwischen 18 Grad Celsius im Schlafzimmer und 21 Grad in der guten Stube reichen in Wohnräumen meistens aus. Nachts und wenn alle Familienmitglieder außer Haus sind, empfiehlt es sich, die Heizung noch weiter herunterzufahren. Gar nicht zu heizen ist dagegen nicht ratsam, denn die Innenwände kühlen dadurch zu stark ab, und das Schimmelrisiko nimmt zu.

Richtiges Lüften

Ein schneller Luftaustausch muss auch in der kalten Jahreszeit mehrmals am Tag sein. Abgestandene und feuchte Luft sollte nicht in Wohn- und Schlafräumen bleiben. Stehen Fenster in der Heizperiode allerdings dauerhaft auf Kipp, geht zu viel teure Heizenergie verloren. Außerdem kühlen Wandteile stark aus, so dass sich dort Luftfeuchtigkeit niederschlägt. Das kann zu Schimmel führen. Es gilt, je nach Bauzustand, Jahreszeit und Wohnung, den optimalen Weg für das richtige Lüften zu finden. Lüftungsanlagen stellen die notwendige Zufuhr von Frischluft in Wohnräume sicher. Das ist komfortabler, als alle Fenster mehr-



mals täglich von Hand zu öffnen. Damit helfen solche Systeme, Bauschäden zu vermeiden.

LED-Beleuchtung

In der Anschaffung sind LEDs zwar deutlich teurer als Halogenlampen, können aber ansonsten fast alles besser als ihre Geschwister mit Glühdraht: Sie sparen ca. 85 Prozent Strom im Vergleich zur Halogenlampe und machen sich laut Stiftung Warentest daher schon nach etwa sechs Monaten bis einem Jahr auch finanziell bezahlt. LEDs sind außerdem umweltfreundlicher, da sie trotz Elektronik im Lampenfuß nur 20 Prozent der CO₂-Emissionen im Vergleich zur Halogenlampe erzeugen. Zusätzlich geben sie Farben besser wieder. Und schließlich sind LEDs für Designliebhaber in sehr vielen unterschiedlichen Modellen erhältlich.

Stand-by unter Kontrolle

HiFi-Anlagen, Fernseher, aber auch Küchen- und Akkugeräte bleiben häufig in Warteposition (Stand-by-Modus) und stehen somit ständig unter Strom. Dieser Leerlauf verschlingt pro Jahr 50 bis 80 Euro. Deshalb ist es ratsam, den

Stecker zu ziehen oder eine abschaltbare Steckdoseleiste zu benutzen, sofern dadurch keine wichtigen und zeitaufwendigen Programmierungen verloren gehen.

Optimale Plätze für elektrische Geräte

Kühlschränke und Gefriergeräte sollten nicht neben dem Herd, sondern möglichst an einem kühlen Platz stehen. Jedes Grad plus oder minus in der Umgebungstemperatur steigert bzw. senkt den Stromverbrauch um sechs Prozent. Auch dicker Reif im Kühlgerät verbraucht unnötig Energie und Geld. Rechtzeitiges Abtauen schont das Portemonnaie.

Effiziente Autonutzung

Bei hohen Benzin- und Dieselpreisen lohnt es sich, die Preise der Tankstellen zu vergleichen. Diese schwanken ziemlich häufig. Informationsdienste, wie App oder Internetseiten, helfen, die günstigste Tankstelle in der Nähe zu finden. Wer beim Fahren seine Geschwindigkeit dem Verkehrsfluss anpasst, auf eine niedrige Drehzahl achtet, unnötigen Ballast im Auto vermeidet und den richtigen Reifendruck hat, kommt mit weniger Kraftstoff aus. Bei Kurzstreckenfahrten schluckt der noch kalte Motor ein Mehrfaches des Sprit-Normverbrauchs. Um den Geldbeutel zu schonen: Einfach zu Fuß gehen oder auf das Fahrrad steigen. ■

„Rate mal, wer hier spricht!“

Der Enkeltrick und andere Betrugsmaschen – Tipps des Landeskriminalamts

„Herzlichen Glückwunsch! Sie haben 250.000 Euro Bargeld gewonnen!“ Wer würde sich nicht über einen derartigen Gewinn freuen? Jedoch ist bei derartigen und ähnlichen Anrufen stets Vorsicht geboten: Habe ich tatsächlich an einem Gewinnspiel teilgenommen? Handelt es sich bei dem Anrufenden um einen Vertreter eines seriösen Unternehmens?

Fakt ist: Täglich gehen bei der Polizei Anzeigen aufgrund von Trickbetrug ein. Die Legenden, die die Betrüger ihren Opfern auftischen, sind dabei äußerst vielfältig. Einmal ist es der Enkelsohn, der dringend Geld für den Kauf einer Wohnung benötigt, das andere Mal ein hoher Gewinn, für den jedoch vor der Ausschüttung Gebühren gezahlt werden müssten. Die Anzeigen der Polizei nehmen seit Jahren zu. Allein im ersten Halbjahr 2019 wurden bereits 830 Fälle derartiger Trickstraftaten polizeilich bekannt. Dies sind 118 Fälle mehr als im Vorjahreszeitraum. Erfreulicherweise blieb es aber bei 798 von den 830 angezeigten Fällen beim Versuch. Dennoch ist bei den 33 vollendeten Trickstraftaten im ersten Halbjahr ein Schaden von knapp 440.000 Euro zu beklagen.

Um nicht auf Trickbetrüger hereinzufallen, ist es wichtig, die drei gängigsten Maschen zu kennen. Nach wie vor ist der klassische Enkeltrick am häufigsten in unserem Bundesland. Fast jeder zweite angezeigte Trickbetrug gehört dazu. Mit den Worten: „Rate mal, wer hier spricht“ oder ähnlichen Formulierungen rufen Betrüger bei meist älteren und allein lebenden Personen an, geben sich als Verwandte, Enkel oder auch gute Bekannte aus und bitten kurzfristig um Bargeld. Als Grund werden ein finanzieller Engpass oder eine Notlage vorgeschützt, beispielsweise ein Unfall, ein Auto- oder Computerkauf. Die

Lage wird immer äußerst dringlich dargestellt. Oft werden die Betroffenen durch wiederholte Anrufe unter Druck gesetzt. Sobald das Opfer zahlen will, wird ein Bote angekündigt, der das Geld abholt.

Hat der Betroffene die geforderte Summe nicht parat, wird er gebeten, unverzüglich zur Bank zu gehen und dort den Betrag abzuheben. Nicht selten ruft der Täter sogar ein Taxi, wenn das Opfer den Weg nicht mehr zu Fuß bewältigen kann. Auf diese Weise haben Enkeltrick-Betrüger in

dass auf Spuren untersucht werden müsste. An der Haustür schrecken sie nicht davor zurück, gefälschte Dienstausweise vorzuzeigen, um sich Zutritt in die Wohnung ihrer Opfer zu verschaffen. Teilweise nutzen die Betrüger bei ihren Anrufen eine spezielle Technik, die auf der Telefonanzeige der Angerufenen die Polizei-Notrufnummer 110 oder eine andere örtliche Telefonnummer erscheinen lässt. Immer wieder werden auch falsche Haftbefehle polizeilich bekannt. Dabei fordern die Betrüger ihre Opfer per Post oder E-Mail dazu auf, höhere Geldstrafen zu zahlen, da ansonsten die Inhaftierung drohe.

Eine leider häufiger erfolgreiche Masche in MV ist das falsche Gewinnspielversprechen. Hierbei fordern die Betrüger ihre Opfer dazu auf, eine Gegenleistung zu erbringen, zum Beispiel „Gebühren“ zu bezahlen, kostenpflichtige Telefonnummern anzurufen oder an Veranstaltungen teilzunehmen, auf denen minderwertige Ware zu überhöhten Preisen angeboten wird. Die Anrufer sind meist in ihrer Gesprächsführung gut geschult und wirken überzeugend. Um ihre Opfer in falscher Sicherheit zu wiegen, geben sie vor, im Auftrag von Rechtsanwälten und Notaren anzurufen, und teilen den angeblichen Gewinnern eine Rückrufnummer für die weitere Gewinnabwicklung mit.

Melden sich die „Gewinner“ daraufhin bei den „Notaren“ oder „Rechtsanwälten“, werden sie aufgefordert, angeblich angefallene Kosten zu zahlen, bevor sie den Gewinn entgegennehmen können, zum Beispiel Rechtsanwalts-, Notar-, Bearbeitungs- oder Zollgebühren, Transport- oder Versicherungskosten. Dabei geben die Täter klare Zahlungsanweisungen: Sie schicken ihre Opfer beispielsweise

**Projekt Seniorensicherheits-
berater wird finanziert durch:**

PROVINZIAL



**Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern**

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

der Vergangenheit bereits Beträge im fünfstelligen Eurobereich erbeutet. Immer wieder werden bei der Polizei auch Betrugsversuche angezeigt, bei denen sich der bzw. die Täter als Polizisten ausgeben. Am Telefon versuchen sie, ihre Opfer unter verschiedenen Vorwänden dazu zu bringen, Geld- und Wertgegenstände im Haus oder auf der Bank an einen Unbekannten zu übergeben, der sich ebenfalls als Polizist ausgibt. Dazu behaupten die Betrüger beispielsweise, dass Geld- und Wertgegenstände bei ihren Opfern zu Hause oder auf der Bank nicht mehr sicher seien oder

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

se zur Post, um die angeblichen Kosten – häufig eine Summe von mehreren hundert bis über tausend Euro – zu überweisen, zum Beispiel per Bargeldtransfer. Oder sie fordern ihre Opfer dazu auf, Prepaid-Karten für Online-Käufe, wie zum Beispiel Ukash oder Paysafecard, zu erwerben, mit denen man auch Geld ins Ausland überweisen kann. Diese Karten gibt es als Gutscheine an vielen Tankstellen sowie in Einzelhandelsgeschäften. Mit dem Ukash- beziehungsweise Paysafecard-Gutschein erhält der Käufer eine individuelle Nummer. Diese Nummer ist quasi Bargeld, denn wer sie hat, kann damit im Internet einkaufen. Deshalb erfragen die Betrüger unter einem Vorwand die Gutschein-Nummer bei ihren Opfern, um damit im Internet auf Einkaufstour gehen zu können.

Ist der Angerufene kritisch und nicht so leicht zu überzeugen, üben die Täter massiv Druck aus und drohen nicht selten mit „Konsequenzen“, wie zum Beispiel einer Strafanzeige, wenn das Opfer nicht zahlen will. Zahlt das Opfer dagegen, melden sich die Täter immer wieder, um unter verschiedenen Vorwänden weiterhin Geld zu fordern. Den versprochenen Gewinn allerdings bekommen die Opfer nie zu Gesicht. Und das Geld, das sie überwiesen haben, ist weg.

Die vorgetäuschten Szenarien der Trickbetrüger sind äußerst vielfältig. Doch egal, ob der vermeintliche Verwandte in Geldnöten anruft oder ein angeblicher Polizist mit falschem

Dienstausweis vor der Tür steht: Die Polizei hat einige Tipps zusammengestellt, die helfen, nicht auf Trickbetrüger hereinzufallen. Das Wichtigste: Übergeben Sie niemals Geld an Fremde! Geben Sie niemals Details zu Ihren finanziellen und familiären Verhältnissen gegenüber Fremden preis. Legen Sie einfach den Telefonhörer auf, sobald Ihr Gesprächspartner Geld von Ihnen fordert. Holen Sie sich Rat bei Ihrer Familie oder einem guten Freund unter der Ihnen bekannten Nummer. Häufig ist der beste Schutz vor Betrügern, mit Nahestehenden über das Telefonat, den Brief oder den Besuch zu reden und sich darüber auszutauschen. Informieren Sie die Polizei über den Notruf 110, wenn Ihnen ein Anruf verdächtig vorkommt.

*Dr. Anna Lewerenz
Pressesprecherin des
Landeskriminalamts MV*

Kontaktdaten für Seniorenicherheitsberater:

Schwerin:

Kommunaler Präventionsrat der Landeshauptstadt Schwerin, Büro des Oberbürgermeisters, Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin, Tel.: 0385 5451003, E-Mail: spresentin@schwerin.de

Rostock:

Hansestadt Rostock, Kommunaler Präventionsrat, Neuer Markt 1 (Rathausanbau), 18055 Rostock, Tel.: 0381 3815450, E-Mail: praeventionsrat@rostock.de

Landkreis Rostock:

Büro für Chancengleichheit, Am Wall 3-5, 18273 Güstrow, Tel.: 03843 75512400, E-Mail: Marion.Starck@lk-ros.de

Landkreis Nordwestmecklenburg:

Der Präventionsrat des Landkreises Nordwestmecklenburg, Rostocker Straße 76, 23970 Wismar, Tel.: 03841 30405192, E-Mail: M.Freese@nordwestmecklenburg.de

Landkreis Ludwigslust-Parchim:

Kriminalpräventionsrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Putlitzer Straße 25, 19370 Parchim, Tel.: 03871 7221605, E-Mail: Anett.Nuklies@kreis-lup.de

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte:

Der Präventionsrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, Platanenstraße 43, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395 570 875 033, E-Mail: sibylle.roennfeld@lk-seenplatte.de

Landkreis Vorpommern-Rügen:

Der Präventionsrat des Landkreises Vorpommern-Rügen, Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund, Tel.: 03831 3571231, E-Mail: Kati.Bischoff@lk-vr.de

Landkreis Vorpommern-Greifswald:

Der Präventionsrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald. Koordinator Präventionsrat, An der Kürassierkaserne 9, 17309 Pasewalk, Tel.: 03834 87602737, E-Mail: Boerge.Glawe@kreis-vg.de

Zufrieden oder sehr zufrieden

Die große Mehrheit der 65- bis 85-Jährigen ist mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden. Das ergab eine Befragung eines deutschen Versicherungskonzerns. Eine Studie der Universität Michigan (USA) ergänzt: Ältere Jahrgänge sind im Durchschnitt sogar glücklicher als jüngere. Beide Ergebnisse widersprechen dem gängigen Bild der Medien, wonach das Alter von Schwäche oder Leid gekennzeichnet sei. Der Psychogerontologe Prof. Frieder Lang von der Uni Erlangen/Nürnberg kommentiert: „Tatsächlich gibt es eine große Vielfalt im Alter.“



Vitanas

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Länger
besser
leben!

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark

Medikationsplan schafft Überblick

Viele Menschen nehmen mehrere Medikamente ein und haben oft gar keinen Überblick mehr. Eine neue Initiative möchte aufklären. Ihre Ziele sind: Patientensicherheit und Gesundheitskompetenz stärken; Patienten über den Anspruch auf einen Medikationsplan aufklären und sie ermutigen, diesen beim Arzt anzufragen und an seiner Vollständigkeit mitzuwirken, außerdem die aktive Nutzung des Medikationsplans für die eigene Sicherheit fördern.

Der Medikationsplan ist eine persönliche Übersicht aller vom Patienten einzunehmenden Medikamente. Sie werden nach einem einheitlichen Schema in einer Tabelle aufgelistet. Sie hilft da-



bei, den Überblick über die Medikamente zu behalten und immer genau zu wissen, wann welche Arznei wie genommen werden muss. Auch für die Arztpraxis und Apotheke ist der Plan eine gute Übersicht, um mögliche Wechselwirkungen zu beachten. In Notfallsituationen gibt er einen schnellen Überblick über die eingenommenen Medikamente.

Im Normalfall wird der Plan von der Hausärztin oder dem Hausarzt erstellt. In manchen Fällen erfolgt die Koordination jedoch über einen Facharzt. Patienten sollten ihn zu jedem Besuch in der Arztpraxis oder der Apotheke mitnehmen, damit der Medikationsplan immer auf dem aktuellsten

Stand bleibt. In übersichtlicher Form wird genau aufgelistet, welches Medikament mit welchem Wirkstoff in welcher Stärke und Darreichungsform wann und zu welchem Zweck einzunehmen ist. Informiert werden sollte die Ärztin oder der Arzt über die freiverkäuflichen Arzneimittel, die genutzt werden. Nur so kann der Arzt eine komplette Liste der Medikamente erstellen.

Wer gleichzeitig drei oder mehr rezeptpflichtige Medikamente über einen Zeitraum von mindestens vier Wochen verordnet bekommt, hat Anspruch auf den Ausdruck eines Medikationsplans. Weitere Infos und ein Muster zum Herunterladen auf der Internetseite der Initiative www.Medikationsplan-schafft-ueberblick.de ■

„Vernetzt mehr erreichen“

Wie kann Vernetzung Lebensbereiche wie Gesundheit, Finanzen und Wohnen besser gestalten, wie können die Chancen aufgezeigt und Risi-

ken durch mehr Sicherheit vermieden werden? Wie lassen sich digitale Angebote interaktiver und persönlich gestalten, damit sie die Menschen bes-

ser erreichen? Dazu veranstaltet die BAGSO am 20. September in Bonn ihren 20. Wirtschaftsdialog; Thema: „Vernetzt mehr erreichen.“ ■

Gesundheit älterer Menschen in Kommunen

In Trier findet am 17. Oktober eine Tagung im Rahmen des Projekts „Im Alter IN FORM – Ausgewogene Ernährung, mehr Bewegung und aktive Teilnahme auf kommunaler Ebene fördern“ statt. Wie können durch ge-

meinsame Anstrengungen auf kommunaler Ebene sinnvolle Strategien und Synergien vorangebracht werden, um die Lebensqualität und das Wohlbefinden älterer Menschen zu verbessern? Wie können Angebote

zu gesunder Ernährung, mehr Bewegung und sozialer Teilhabe für Seniorinnen und Senioren auf kommunaler Ebene initiiert, weiterentwickelt und passgenau gestaltet werden? Weitere Infos: www.im-alter-inform.de ■

Erfolgreiche Präsentation engagierter Arbeit

Vor großem Publikum stellten in den Räumen der Dublin City University vier irische Seniorinnen erste Ergebnisse ihrer Arbeit als Autorinnen eigener digitaler Lernmaterialien vor. Im Rahmen des ERASMUS+ Projekts

GrandExpertS, an dem auch die BAGSO beteiligt ist, hatten sie zuvor an einer dreimonatigen Online-Autorenschulung von ILI, dem Institut für Innovatives Lernen an der Universität Erlangen, teilgenommen. Bis zur Fer-

tigstellung ihrer thematisch sehr unterschiedlichen Online-Lernmodule für Seniorinnen und Senioren werden sie weiter von Expertinnen der Universität begleitet. ■

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Regelmäßiger Kontakt im ländlichen Umfeld



Wenn man die Arbeit der Mitglieder unseres Kreissenorenbeirats in den vergangenen Jahren einschätzt, dann ergibt sich, dass sie erfolgreich gewesen ist. Vieles konnten wir erreichen, auch die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung machte dies möglich. In der letzten Kreistagssitzung berichtete Claus Adamoschek in einem Rechenschaftsbericht über unsere Arbeit. Mit Hilfe der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern e. V.

(SGK) konnten regelmäßig Seniorenkonferenzen durchgeführt werden. Es war uns immer wichtig, dass auch Jugendliche daran teilnahmen. Martina Tegtmeier, Mitglied des Landtags, gilt unser besonderer Dank. Durch sie wurden es immer sehr informative und lebhaftere Veranstaltungen. Ende Juni lud der Vorstand zur letzten Sitzung alle Mitglieder ein. Die Beiratsvorsitzende Karin Lechner bedankte sich bei ihnen für die geleistete Arbeit sowie bei der Verwaltung. Senioren aus dem Landkreis, die Interesse an einer Mitgliedschaft im Kreissenorenbeirat zeigten, waren ebenfalls herzlich eingeladen – und sie kamen. Wichtig ist, einen regelmäßigen Kon-

takt gerade im ländlichen Umfeld mit den Senioren und den Bürgermeistern zu unterhalten. Wir hoffen deshalb, dass das Netzwerk, das in jahrelanger Arbeit aufgebaut wurde, auch weiterhin Erfolg hat. Ebenfalls ein wichtiges Ziel ist, neue kommunale Seniorenbeiräte in Nordwestmecklenburg ins Leben zu rufen. Mit den Printmedien konnte vereinbart werden, dass einmal im Monat eine Seite „Hier spricht der Kreissenorenbeirat NWM“ erscheint und dass auch die Veranstaltungen des Seniorenbeirats veröffentlicht werden. In diesem Monat wird der Kreistag die Mitglieder für den neuen Kreissenorenbeirat berufen.

Karin Lechner

Zwei Vertreter aus der Hansestadt dabei

„Zusammenhalten in unseren Städten“ – das war das Motto der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages Anfang Juni in Dortmund, an dem 1300 Delegierte sowie zahlreiche Gäste aus rund 3400 Gemeinden mit etwa 52 Millionen Einwohnern teilnahmen. Für die Hansestadt Wismar machte es Bürgermeister Thomas Beyer möglich, dass zwei Mitglieder der Bürgerschaft daran teilnehmen konnten. Die wichtigsten Themen waren: Verkehr – nachhaltige Mobilität und Luftreinhaltung; Wohnungsmangel und Wohnungsbau; Kommunale Finanzlage und Grundsteuer; Aufnahme und Integ-



Von links: Bürgermeister Thomas Beyer und als Vertreter der Bürgerschaft Wismar Karin Lechner und Bernd Hilse

ration von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Erstmals wurde ein Präsident aus den neuen Bundesländern gewählt: der Leipziger Oberbürgermeister Burghard Jung.

Ein Besuch im Industriemuseum Zeche Zollern war für uns als Küstenbewohner ein besonderes Ereignis. Viele intensive, freundschaftliche Gespräche wurden auch bei der Abendveranstaltung im großen Sportmuseum von Borussia Dortmund geführt. Die Dortmunder Erklärung wurde unter sehr viel Beifall am Ende der Hauptversammlung verabschiedet. Weitere Infos: www.staedtetag.de

kl

Gutshaus wurde zum „Paradies“

In Kalsow bei Benz unweit von Wismar wurde die Wiedereröffnung des Gutshauses gefeiert. In der einsturzgefährdeten Brandruine, in der 2003 ein Feuer große Schäden angerichtet hatte, sind zwölf altersgerechte,

barrierefreie Wohnungen sowie in einem Anbau eine Tagespflegestätte für 20 Personen entstanden. Bauherr ist der 51-jährige Land- und Energiewirt Dietmar Hocke, Bürgermeister des benachbarten Benz und Kreis-

tagsabgeordneter, der das vor 1870 entstandene Gutshaus im Dezember 2015 gekauft hatte. Die Ostsee-Zeitung berichtete ausführlich darüber.

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Instandsetzung und Neubau kosteten knapp 2,5 Millionen Euro – „zehn Prozent mehr als kalkuliert“, meint der Investor, der in Kalsow geboren wurde. Im alten Gewölbekeller sind jetzt eine Sauna und ein Fitnessraum entstanden. Ein großer und ein kleiner Raum bieten Möglichkeiten für Veranstaltungen, eine Küche macht Gastrono-

mie möglich. Viola Schneider (63), eine engagierte Bewohnerin, und Luise Stapelmoor (75) schwärmen von ihrem „Paradies“ und dankten bei der Eröffnung Hocke, der in Kalsow auch das Haus „Lethe“ für demente Menschen gebaut hat, mit einem selbstgefertigten Schild mit dieser Aufschrift. In dem Gutshaus hatte bis 1935 die Familie von der Lühe gewohnt. Nach der „Wende“ hatten zwei verschiedene Ei-

gentümer das Gebäude weiter verfallen lassen. 1994 zog das Seniorenheim, das dort vorübergehend eingerichtet worden war, in einen Neubau in der Nachbarschaft. Das Gutshaus stand seitdem leer. Der Vorsitzende des Landesseniorenbeirats Bernd Rosenheinrich nutzte während der Einweihungsfeier die Möglichkeit, in Gesprächen die Bildung einer Seniorenvertretung anzuregen. ■

Unser Lehrer wurde neunzig Jahre alt

Gespannt wie ein Flitzbogen standen Horst Edom und ich vor der Haustür unseres ehemaligen Lehrers und klingelten. Wir sind beide Mitglieder des Seniorenbeirats. Um gerade mit den älteren Senioren ins Gespräch zu kommen, gratulieren wir ab dem 90. Geburtstag den „Geburtstagskindern“ in der Hansestadt Wismar persönlich. Und dazu gehörte eben auch unser Lehrer. Strahlende Augen sahen uns an, als er uns die Tür öffnete.

Bis zum Abschluss der mittleren Reife im Jahre 1960 hatte uns Herr Fühlkell im Fach Chemie begleitet. Er war



Horst Edom und Karin Lechner gratulieren ihrem ehemaligen Lehrer Herrn Fühlkell (links) zum runden Geburtstag.

bekannt für seine praktischen Vorführungen. Diese hatten immer etwas Besonderes an sich und – so meine Erinnerungen – es knallte immer herrlich! Die „Feuerzangenbowle“ hatte er von der ersten bis zur letzten Seite im Kopf, und so wurde in so mancher Chemie-Stunde auch mit einem Schmunzeln Kultur präsentiert.

Ja, es war eine schöne Zeit, an die wir glücklich zurückdenken. Und schön auch das Gefühl, davon so viel wie möglich an die Jugendlichen weitergeben zu können!

Karin Lechner

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Mitgliederversammlung auf dem Pingelhof

Am 20. Juni begrüßte die Vorstandsvorsitzende des Kreissenorenbeirats Ilo-na Mundt-Schalk auf dem Freisitz des Pingelhofs in Alt Damerow, Gemeinde Domsühl, die zahlreichen Beiratsmitglieder und Gäste zum Arbeits- und Bildungstreffen. Museumshofführerin Kerstin Zimmermann und der Bürgermeister der Gemeinde Domsühl, Hans-Werner Beck, gaben zunächst einen Überblick über Gemeinde und Pingelhof. Domsühl gehört zu den größten Gemeinden des Amtes Parchimer Umland und besteht aus den Ortsteilen Domsühl, Zieslütbe, Alt Damerow, Bergrade Dorf, Bergrade Hof und Severin.



Hans-Werner Beck betonte, ihm sowie seinen Gemeindevertretern und den ortsansässigen Vereinen sei das generationsübergreifende Zusammenleben im Ort besonders wichtig. Ein positiver Trend zeichne sich seit den vergangenen Jahren ab: Zunehmend junge Familien siedeln sich in der Gemeinde an. Domsühl verfügt über eine Bahnstation und ist sowohl mit der Landeshauptstadt Schwerin als auch mit dem Sitz der Kreistagsverwaltung in Parchim sehr gut angebunden.

Die Gemeinde Domsühl ist vielen durch Besuche auf dem Pingelhof in Alt Damerow bekannt. Er gehört zu den ältesten und schönsten bäuerlichen Anlagen Mecklenburgs. Vor über 400 Jahren – um 1607 – wurde er von Jochim Pingel angelegt – daher der Name. Neun Generationen von Bauern, Mägden und Knechten haben hier täglich hart gearbeitet und führten dennoch ein kärgliches Leben. Noch bis 1984 wohnte Erna Pingel auf dem Hof. 1989, fünf Jahre später, nach umfangreicher Restaurierung, wurde das Anwesen zum Museum. Der doch erhebliche Unterschied zu den heutigen Ansprüchen und Mög-

lichkeiten der beruflichen und familiären Alltagsgestaltung wurde von Kerstin Zimmermann in einem kurzen, aber eindrucksvollen und humoristischen Bühnenstück sinnbildlich deutlich gemacht.

Zur Vorstellung des Projekts „FLOO“ (Flotte Oma + Flotter Opa) war Jochen Braun, ehrenamtlicher Projektkoordinator für das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Parchim, zur Mitgliederversammlung geladen. In diesem Projekt möchte man Generationen zusammenbringen und den Aufbau einer Oma+Opa-Vermittlungszentrale schaffen. Gewünscht sind Patenschaften zwischen Menschen der Großelterngeneration und jungen Familien mit Kindern. Trotz ähnlicher Projekte in Ludwigslust und Lübeck warb Jochen Braun angesichts der hohen Nachfrage um die Weitergabe der Informationen an interessierte, engagierte Seniorinnen und Senioren im Landkreis.

Weitere aktuelle Berichte erhielten die Anwesenden von Barbara Borchardt,



Pingelhof-Haus in Alt Damerow

Foto: Willi Voss

Vorsitzende des Ausschusses Soziales, Gesundheit und Familie des Kreistags, sowie von Heidrun Dräger, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Ludwigslust-Parchim. Einen regen Austausch gab es zwischen den Mitgliedern des Kreissenorenbeirats zum Projekt „Demografie-Werkstatt Kommune“. Hier erläuterte Heidrun Dräger die nächsten Schritte des Projektvorhabens.

Barbara Borchardt betonte in ihrem Beitrag, für sie sei ein Schwerpunkt die Erarbeitung eines „Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes“ für den Landkreis

und die einzelnen Kommunen. Dazu ist die aktive und breite Unterstützung aller involvierten Interessenvertretungen in den unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens wünschenswert.

Auf der Tagesordnung stand außerdem das Thema „Umgang mit rechtem Gedankengut“ – in Auswertung der Demokratiekonferenz, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ am 19. Juni in Parchim stattgefunden hatte. Zwei Vorstandsmitglieder informierten dazu. Anschließend wurden die vergangenen Vorstandssitzungen sowie die vom Landessenorenbeirat durchgeführten Weiterbildungen ausgewertet. Zu den diesjährigen Landessenoren tagen plant der Vorstand eine Veranstaltung am 9. Oktober in Parchim. Ein weiteres Vorhaben ist die Zuarbeit für die Erstellung eines Seniorenwegweisers für den Landkreis. Das Motto dazu lautet: „Aktiv im Alter“.

Bernd Thieke & Anett Nuklies

Ortsteilvorsteher ist ein Motor

Den Ludwigsluster Ortsteil Kummer – man tangiert ihn oft, nur wer kennt ihn schon genauer? Die Sommersitzung des Seniorenbeirats bot uns Mitgliedern Anlass, dies zu ändern. Ortsteilvorsteher Udo Jauert brachte uns näher, wie Jung und Alt in Kummer miteinander leben. Die Kita, die Grundschule mit Turnhalle und Spielfläche bieten den Jüngsten optimale Bedingungen. Sie müssen den wachsenden Anforderungen ständig angepasst werden. So wird zurzeit ein Mehrzweckraum gebaut. Auf dem neuen öffentlichen Spielplatz mit attraktiven Spielgeräten kann man sich ausprobieren.

Kummer hat zwei Tagespflegen. Wir nahmen gern das Angebot an, die Senioren einer dieser Einrichtungen zu besuchen, und staunten über die dortige moderne und sehr praktische Ausstattung. Von der Küche über die Aufenthaltsräume bis hin zu den Be-



Ines Fentzahn führte den Seniorenbeirat durch die Räumlichkeiten der Tagespflege „Parkidylle“.

Foto: Manuela Ulrich

handlungszimmern – es bleiben keine Wünsche offen. Die Außenanlagen sind gut für Bewegung und Aufenthalt geeignet.

Nach einem kleinen Abstecher in den Werksverkauf der Firma Goldschmidt – Frischkäse GmbH trafen wir in der Mühle ein. Gemeinsam mit den Kummeranern Udo Jauert und Harry Baase wurde gegrillt. Die Mitglieder hat-

ten leckere Kleinigkeiten mitgebracht und ein buntes Büfett gezaubert. So konnte der Seniorenbeirat in gemütlicher Runde die nächsten Aktivitäten besprechen. Udo Jauert nutzte die Gelegenheit, an diesem geschichtsträchtigen Platz über die Entwicklung des Ortsteils zu informieren. Bauliche Veränderungen haben ihn, unter Nutzung von Fördermitteln für den ländlichen Raum, lebenswerter gemacht. Kummer ist außerdem durch zahlreiche Veranstaltungen über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Jauert versteht es, mit seiner Ortsteilvertretung und vielen aktiven Mitbürgern und Vereinen hier ein aktives und attraktives Miteinander zu gestalten – ein Schmuckstück mit einem Ortsteilvorsteher als Motor. Für uns Mitglieder war es ein gelungener Ausflug.

Therese Holm

Vorsitzende des Seniorenbeirats

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Seniorenbeirat empfiehlt: Lebensretter aus der Dose

Immer mehr ältere Menschen leben in privaten Haushalten allein. Nicht jedem gelingt es, in einer hier eingetretenen Notfallsituation, ganz abgesehen von Ohnmacht oder Bewusstlosigkeit, Angaben zum Gesundheitszustand zu machen.

Das sind beispielsweise: Welche Medikamente nimmt man, wo befindet sich der Not- und Impfpass, oder wer ist der nächste Angehörige und wie erreicht man ihn? Die Lösung steht im Kühlschrank: die Notfalldose. In ihr liegt ein vorbereitetes Vor- druckblatt, in das man alle erforderlichen aktuellen Angaben einträgt. Diese Dose stellt man in die Kühlschranktür. Die beiden ebenfalls in der Dose vorhandenen kleinen Hinweisschilder werden in Augenhöhe einmal an die



Christiane Sitterlee (links) und Irma Biebler (rechts) übergeben Dr. Thomas Becker die Notfalldose.

Wohnungsinnentür geklebt, zum anderen auf die Kühlschrankaußentür. So kann die Dose von jedem Rettungsdienst sofort gefunden werden.

Nun hat auch der Seniorenbeirat Greifswald diesen „Lebensretter aus der Dose“ eingeführt. Kürzlich übergaben die Vorstandsmitglieder Chris-

tiane Sitterlee und Irma Biebler an Dr. Thomas Becker Notfall Dosen, die er an Ärzte des „Hausärztlichen Stammtischs“ weiterleitete. Damit sind die Hausärzte in der Lage, ihre Patienten über Sinn und Inhalt der Dose zu informieren. Berichte darüber konnte man in der *Ostsee-Zeitung*, im *Blitz* und im *Greifswalder Stadtblatt* lesen. Auch die beiden größten Wohnungsvermieter der Stadt haben sich zu einer Informationsweitergabe an ihre Mieter bereit erklärt. Die Mitgliederzeitung der Wohnungsbau-Genossenschaft Greifswald eG (WGG) und die Wohnungsverwaltungsgesellschaft (WVG) sind weitere Multiplikatoren. In einigen Apotheken der Stadt sind diese Dosen bereits zum Kauf vorrätig. Der Seniorenbeirat hofft, dass sich weitere Apotheken anschließen.

Anita Weiß

„Leuchtturmprojekt – Wir beteiligen uns daran“

Der Seniorenkurier hatte in seiner Ausgabe Nr. 4/2018 über 45 „Leuchtturmprojekte“ der BAGSO berichtet und als Beispiel aus unserem Land das Mehrgenerationenhaus Torgelow genannt, das von der Volkssolidarität geführt wird. Brigitte Seifert, Koordinatorin der Einrichtung, schreibt uns dazu:

Lebenslanges Lernen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind eine wichtige Basis der Lebensqualität von Senioren. Sie beeinflussen wesentlich das Wohlbefinden und die Gesundheit und dienen außerdem zur Vorbeugung bei depressiven und dementiellen Erkrankungen. Die Digitalisierung hat inzwischen auch in unserer Region immer mehr Senioren*innen erreicht. Sie wollen die Blogs ihrer Enkel lesen, über Whatsapp Verbindung zu Verwandten und Freunden halten und ihre Fotos mit anderen teilen.



Gernot Maiwald, 73-jähriger Seniortrainer und „Silversurfer“, bei seinem Projekt „Computerberatung vor Ort“. Vermittelt durch das Mehrgenerationenhaus Torgelow, besucht er Senioren zu Hause und gibt ihnen Anleitung und Hilfe beim Umgang mit moderner Kommunikationstechnik.

Damit werden aber auch große Anforderungen an Fähigkeiten und Fertigkeiten gestellt. Die Motivation, sich dem zu stellen, liegt im Leben selbst, und meist reicht ein kleiner Anstoß durch die geliebten Enkel, um das Argument „Das brauche ich nicht!“ zu entkräften.

Spezifische und geduldige Anleitung, zu denen den Enkeln oft Verständnis und Geduld fehlen, kann durch gleichaltrige Berater, wie Seniortrainer mit Medienerfahrung und „Silversurfer“, gewährleistet werden, ohne dass Misserfolge die Senioren*innen entmutigen. Wir praktizieren dies erfolgreich bei den Senioren*innen zu Hause am Laptop oder PC, oder sie kommen mit ihren Tablets und Smartphone ins Mehrgenerationenhaus. Mit Unterstützung durch die BAGSO konnte hier ein kostenloses W-LAN installiert werden. Die „Medienberatung vor Ort“ wird gut genutzt. So haben vom September bis Dezember 2018 dieses Angebot 27 Senioren*innen, davon 20 weiblich und sieben männlich, zwischen 56 und 84 Jahren genutzt. Die Beratungszeit beträgt im Schnitt rund zwei Stunden. Wesentliche Inhalte sind: Einrichtung und erste Schritte mit neuem PC, Lap-

top, Smartphone oder Tablet; Einrichtung von neuen Druck-Scan-Mehrfunktionsgeräten mit W-LAN-Verbindung; Umgang mit Windows 10, Android und Google-Konten; Einrichtung und Erläuterung sozialer Medien, vorwiegend Whatsapp und Umgang mit E-Mails; Beratung zur Sicherheit im Netz; Einrichtung und Umgang mit Office-Programmen; Übertragung von Bilddateien von Kamera und Smartphone zum Computer und Bildbearbeitung; Klärung von

Problemen, die sich in der Arbeit mit modernen Medien, Digitaler Kamera und Smart-TV ergaben. Beratung, Vorbereitung und Fahrzeiten erfordern einen Zeitaufwand von 90 Stunden, wobei zu beachten ist, dass die Entfernungen von Ort zu Ort in unserer Region oft sehr groß sind. Aber auch die Menschen in den kleineren Dörfern nutzen unser Angebot sehr intensiv.

Die Möglichkeiten der modernen digitalen Medien können wesentlich dazu

beitragen, eine Ausgrenzung von Älteren und ganzen Landschaften aus dem gesellschaftlichen Leben zu verhindern. Leider haben wir in unserer Region noch kein flächendeckendes Internet, und auch die Breitbandversorgung reicht nicht aus. Deshalb ist es wichtig, dass unser Mehrgenerationenhaus in Torgelow und unser Familienzentrum in Ueckermünde den Menschen die Möglichkeit bieten, einen öffentlichen Internetzugang bzw. W-LAN zu nutzen. ■

Beratung und Rundfahrt auf dem Bodden

Eine Beratung der besonderen Art führte der Seniorenbeirat Greifswald am 5. Juni durch: Es ging auf „Große Fahrt“. Ein Sponsoring machte es möglich, dass wir unsere Beiratssitzung mit einem Törn auf dem Greifswalder Bodden bei strahlendem Sonnenschein verbinden und genießen konnten. Bei Kaffee, Kuchen und durststillenden Getränken erfuhren wir dann auch vom Schiffsführer der „Christian Muther“, Dieter Huck, und von dessen Besatzung viel Wissenswertes über das Plattbodenschiff „Tjalk“, wie dieser historische holländische einmas-



Die Teilnehmer der Beratung genießen nach getaner Arbeit den Törn.

tige Segelschiffstyp auch genannt wird. Gebaut 1904 in den Niederlanden als „Anne-Maria“, wurde es nach der Wieder-

vereinigung Deutschlands an den Greifswalder Museumshafen übergeben, dann 1993 von der Christian-Müther-Stiftung übernommen, restauriert und nach deren Stifter, einem Greifswalder Arzt, der 1989 verstarb, benannt. Seit 2009 betreibt die Deutsch-Skandinavische Fördergesellschaft e. V. mit Sitz in Greifswald das Schiff und nutzt es u. a. für maritime Bildungsprojekte.

Nach gut drei Stunden endete nicht nur unsere Beratung, sondern auch die Boddenrundfahrt.

Anita Weiß

Unterwegs auf den Spuren der Geschichte

Der Seniorenbeirat Seebad Ueckermünde führte 2017 das Seniorenbildungswerk ein, bei dem einmal jährlich historische Stätten in der näheren Umgebung besucht werden. Es versteht sich jedoch keineswegs als Konkurrenz zum Heimatbund. Nach dem Besuch der Wassermühle in Hanshagen und der Motormühle Lübs ging es dieses Mal nach Wrangelsburg. Hier befinden sich zwei sehenswürdige Objekte, die auch auf der Besuchsliste standen. Herbert Kautz führte durch die Räume des Herrenhauses und gab sachkundige Erläuterungen zur Geschichte der Gemeinde und des Herrenhauses, das immer wieder wechselnde Besitzer und Einrichtungen hatte. Die Besucher überzeugten sich davon, wie die Familie von Poblitzki mit ganzer



Der Seniorenbeirat vor dem Herrenhaus Wrangelsburg Foto: Manfred Quägber

Kraft das Herrenhaus renoviert hat und teilweise der Öffentlichkeit zugänglich macht. Auch der Park gehört dazu.

Die Papiermanufaktur, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Herrenhauses befindet, war nächster Anlauf-

punkt. Vor 17 Jahren hob Kristine Kautz mit weiteren Akteuren einen Verein dazu aus der Taufe. Sie zeigte den Besuchern, wie vor 2000 Jahren Papier hergestellt wurde und noch heute zu bestimmten Anlässen Aufträge nach dieser Methode angenommen und durchgeführt werden. Deutlich wurde, mit wieviel Herzblut Familie Kautz und die Vereinsmitglieder den Verein führen. Er bietet Projekte mit Kindern, Jugendlichen und Schulklassen an. Beliebt sind auch die stets gut besuchten Frühlings- und Adventsmärkte. Dem Seniorenbeirat und seinen Gästen wird der Besuch des Herrenhauses und der Papiermanufaktur in guter Erinnerung bleiben.

Manfred Quägber
Vorsitzender des Seniorenbeirats

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Vorstand einstimmig gewählt

Der Seniorenbeirat Neubrandenburg wählte seinen neuen Vorstand. Der Wahlkommission gehörten Wolfgang Richter, Helga Emmaus und Helga Stoll an. Einstimmig gewählt wurden alle Kandidaten. Auf der anschließenden konstituierenden Sitzung fanden ihre Bestätigung: Vorsitzender Peter Lundershausen, sein Stellvertreter Hans Asmus sowie als Finanzverantwortlicher Eckhard Gründer. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Susanne Jeske, Günter Schult und Helmut Wärmeling.

Anschließend sprach Christa Schmelter, Referentin der Volkshochschule

Mecklenburgische Seenplatte, zum Thema „Bildung im Alter“. Lernen beginne mit dem ersten Atemzug und höre im Alter nicht auf, erklärte sie. Und doch verändere es sich im Laufe des Lebens. Während in der Jugend die Orientierung auf den Beruf im Vordergrund stehe, biete Lernen im Alter die Chance, für sich selbst zu entscheiden: Was möchte ich noch erfahren, was noch erleben? Lust auf das Leben und Neugierde seien dabei eine gute Voraussetzung.

„Zum Älterwerden gehört auch, dass wir die Veränderungen bei uns in der Stadt und in der Welt nicht ignorieren“,

sagte Frau Schmelter, „sondern verstehen und daran mitwirken, sie vernünftig, also menschlich, zu gestalten.“ Sie erläuterte Unterschiede zwischen Altersbildung und Altenbildung. In der Altersbildung gibt es Kurse an der Volkshochschule, die mit spezifischen Themen auf die Lebensphase Alter vorbereiten. Die Altenbildung wende sich an ältere Zielgruppen und umfasse etwa Computerkurse für Senioren oder Bildungsreisen für Ältere. Ziele seien die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Eigenverantwortung sowie die Aufrechterhaltung eines positiven Selbstwertgefühls und Selbstbildes. ■

Arbeitsgruppe mit umfangreichem Programm

Im Seniorenbeirat der Vier-Tore-Stadt beschäftigt sich seit April 2018 die Arbeitsgruppe Soziales, Gesundheit und Pflege mit den Themen: Solidarisches Grundeinkommen, stationäre und ambulante Pflegedienste, Neubrandenburger Tafel, Hausnotrufdienste und gegenwärtig mit der Hochschulstudie „Moderierte Videokonferenz – Teilhabe und soziale Kontakte“.

Die Idee eines solidarischen Grundeinkommens ist nichts anderes als eine Neuauflage der alten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Politik sollte endlich mit konkreten Verbesserungen anfangen und aufhören, Vorschläge permanent zu diskutieren. Die Arbeitsgruppe wird die politische Diskussion weiter verfolgen.

Am 18. April 2018 besuchte die Arbeitsgruppe das Pflgetherapeutische Zentrum in Neubrandenburg. Die Tagespflegeeinrichtung arbeitet vor dem Hintergrund eines pflegewissenschaftlichen Konzeptes. Dadurch unterscheidet sie sich von Einrichtungen mit einem traditionellen Verständnis von Tagespflege. Seit 2015 ist die Tagespflege ein wichtiger Baustein in der Versorgung von



Mitglieder der Arbeitsgruppe

Foto: Helmut Wärmeling

pflegebedürftigen Menschen. Sie kann auch als dritte Säule im Versorgungsangebot nach dem Sozialgesetzbuch bezeichnet werden. Die neue Definition der Pflegebedürftigkeit ermöglicht es, einen neuen Weg zu gehen (pro-persona-care). Das wurde in diesem Haus erfolgreich umgesetzt. Die Arbeitsgruppe hat durch den Besuch umfangreiche Informationen und neue Erkenntnisse im Bereich der Pflege erhalten.

Am 9. Oktober 2018 gab es während des Besuchs beim Pflegedienst „wilma“ ein informationsreiches Gespräch mit dem Geschäftsführer Maik Wolff

über das Unternehmen und seine Gemeinnützigkeit. Es beschäftigt über 150 Mitarbeiter, denen eine glückliche Hand bei ihrer Tätigkeit gewünscht sei. Beim Thema Hausnotrufdienste stellte die Arbeitsgruppe fest, dass die meisten älteren Menschen ihren Lebensabend gern im vertrauten Umfeld der Familie verbringen möchten. Wenn sie gesundheitlich eingeschränkt und oft allein zu Hause sind, kann jedoch ein Hausnotruf sinnvoll sein. Auch Vergleiche von Anbietern wurden diskutiert. Festgehalten wurde, dass der Seniorenbeirat keinen direkten Einfluss auf Angebote und Hersteller habe.

Am 27. Mai besuchte die AG die Neubrandenburger „Tafel“. Absicht war, die Situation dort kennenzulernen, mit anderen Tafeln zu vergleichen und zu überlegen, wie könne der Seniorenbeirat helfen. Erläuterungen zur Organisation der Tafel gab die Geschäftsführerin Dorothee Nitsch. Aktuell werden etwa 1800 Bezugsberechtigte (einschließlich Woldegk und Burg Stargard) versorgt. Die „Beschäftigten“ in der Tafel sind, bis auf wenige Ausnahmen, freiwillige Helfer und selbst bedürftig.

Für das Gebäude gibt es eine Liste von zu erledigenden Instandsetzungsarbeiten, z. B. Maler- und Fliesenlegerarbeiten, auch neue Toilettenbecken. Über die Trägerverbände des Seniorenbeirats könnten eventuell Spendengelder eingeworben werden. Frau Nitsch erklärte sich bereit, in die Trägerverbände zu kom-

men und dort über die Tafel zu berichten. Vielleicht könnte sich an den Renovierungsarbeiten finanziell auch die Neuwoges beteiligen?

Zurzeit beschäftigt sich die Arbeitsgruppe mit einer Studie der Hochschule Neubrandenburg unter der Leitung von Prof. Dr. Stefan Schmidt. Es geht darum, wie moderierte Video-

konferenzen eine Teilhabe und soziale Kontakte von alleinlebenden, mehrfach erkrankten älteren Menschen unterstützen könnten. Wir haben dazu einen Fragespiegel erstellt, der mit Prof. Dr. Schmidt diskutiert werden soll, um weitere Hintergründe zu erfahren.

AG Soziales, Gesundheit und Pflege

Warum ich im Seniorenbeirat mitarbeite

Unser Seniorenbeirat in der Vier-Tore-Stadt besteht seit dem 1. März 1995, ist also schon 25 Jahre als Beratungsorgan der Stadtvertretung und der Stadtverwaltung von Neubrandenburg aktiv. Seit 2012 bin ich für die Volkssolidarität Mitglied und engagiere mich in der Arbeitsgruppe Soziales, Gesundheit und Pflege.

Über die Arbeit des Beirats und unserer Arbeitsgruppe informiere ich insbesondere die Senioren in meiner Ortsgruppe und bei den Beratungen der Volkssolidarität. Oft werden auch Fragen zu Pflegemöglichkeiten, Unterstützung von pflegenden Angehörigen oder zum Erhalt der Begegnungsstätten durch die Stadt an mich herangetragen. An der Befragung zur Nutzung der Mehrgenerationenhäuser und Begegnungsstätten haben sich unsere VS-Mitglieder rege beteiligt.

Durch die zielgerichtete Arbeit unserer Arbeitsgruppe und das enge Zusammenwirken mit der Stadt, dem Land-



Beratung der Ortsgruppe der Volkssolidarität Neubrandenburg Foto: Helga Emmaus

kreis und den Kassen konnte 2015 der Pflegestützpunkt Neubrandenburg eröffnet werden, den die Senioren oder ihre Angehörigen gern nutzen. Auch die Auswertung unseres Besuches in der Therapeutischen Tagespflege war für unsere Mitglieder sehr hilfreich – inzwischen wird diese von einer Seniorin unserer Ortsgruppe genutzt. Auch regelmäßige Informationen über Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten in Neubrandenburg, zur Betreuungs- oder Patientenverfügung, Versicherungen für Se-

nieren, Rentenbesteuerung oder auch zur geplanten Ehrenamtskarte sind für unsere Mitglieder sehr wichtig. Sie erkennen an, dass seitens der Stadt Vieles getan wird zur Weiterentwicklung der Wohn- und Lebensbedingungen.

Natürlich haben unsere Senioren auch Wünsche, die noch nicht erfüllt sind: ein Lebensmitteldiscounter im Stadtzentrum; glatte Fußwege, die auch von Rollstuhlfahrern und mit Rollatoren gut zu befahren sind; mehr bequeme Bänke in der Stadt, etwa auf dem Wall, fest verankert und aus witterungsbeständigem Material (z.B. Metallgitter); mehr Abfallbehälter, die auch eine größere Menge aufnehmen können und so gebaut sind, dass nichts herausfällt bzw. von den Vögeln herausgezogen werden kann; Verbesserung von Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt (Falschparker, aggressive Radfahrer auf Fußwegen usw.); wieder Blumenrabatten am Ende der Turmstraße.

Helga Emmaus

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Im Rückblick: Wir haben Einiges geschafft

Nach fünf Jahren geht die Wahlperiode des Seniorenbeirats dem Ende entgegen. Die Vorbereitungen für die neue Wahlperiode sind im vollen Gange. Was haben wir erreicht? Wofür haben wir uns eingesetzt?

Ständige Themen waren die Schaffung von preiswerten und barrierefreien Wohnungen. Weiterhin kümmer-

ten wir uns um verkehrssichere Fußwege, so dass Stolperfallen beseitigt wurden. Daneben wurde der Kontakt zu Schweriner Pflegeheimen vertieft. Erstmals nahmen Vertreter des Seniorenbeirats an den Sitzungen der Bewohnervertretungen der Pflegeheime teil. Dies wurde positiv von den Bewohnern und den jeweiligen Heim-

leitungen bewertet. Die Zusammenarbeit mit den Alten- und Pflegeheimen wurde verstärkt. Regelmäßig gab es Besuche durch den Seniorenbeirat. Außerdem wurden Veranstaltungen des Seniorenbeirats in den Seniorenheimen organisiert.

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Einmal im Monat fand eine Sitzung des Vorstands statt. Der Gesamtseniorrat traf sich vier Mal im Jahr. Es wurden Referenten eingeladen, unter anderem Vertreter der Stadtverwaltung, der Wohnungsbaugesellschaften, der Stadtvertretung und der Helios Kliniken. Dabei wurde nach Lösungen der Probleme gesucht, Beispiele: Bezahlbarer Aufenthalt sowie Personalmangel in den Altenheimen, medizinische Versorgung im Alter und die allgemeine Situation älterer Menschen in Schwerin.

Eine wichtige Arbeit des Seniorenbeirats war und ist die Wahrnehmung von Gratulationen. So traten wir als Vertreter der Stadt und des Landes als Gratulanten zum „Diamantenen“ oder „Eisernen Hochzeitsjubiläum“ sowie bei runden Geburtstagen auf. Auffällig ist, dass Schweriner Bürger,



Der Schweriner Seniorenbeirat bei der letzten Wahl

die nach dem Weltkrieg in Schwerin ein neues Zuhause gefunden hatten, noch heute dafür dankbar sind.

Jeden Monat fand eine Sprechstunde im Stadthaus statt. Hier konnten Schweriner Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen und Probleme loswerden. Häufig wurden Wege aufgezeigt, Lösungen beraten und gefunden. Fazit: Der Seniorenbeirat hat in

den letzten Jahren Einiges vorangebracht. Schwerpunkt ist auch in den nächsten Jahren die Schaffung altersgerechter, bezahlbarer Lebensbedingungen. Dazu gehören Wohnungen, gesundheitliche Betreuung sowie Verkehrs- und Kulturangebote.

Walter Heinrich
Mitglied des Seniorenbeirats

Dritte Kurzzeitpflegeeinrichtung eröffnet

„Die Kurzzeitpflege ist ein unverzichtbarer Baustein zur Sicherung der ambulanten Versorgung und stellt eine wichtige Säule für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dar. Deshalb freue ich mich, dass nun weitere 24 Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung stehen.“ Das sagte Staatssekretär Nikolaus Voss anlässlich der Eröffnung der Kurzzeitpflege „Friedensberg“ in Schwerin. Die neue Einrichtung befindet sich im Hauptgebäude der Helios Klinik. Voss lobte die künftigen Sy-

nergieeffekte durch die unmittelbare Nähe: „Dadurch bestehen kurze Wege für die Patienten im Anschluss an ihren Krankenhausaufenthalt. Während der Unterbringung kann die weitere Versorgung organisiert werden.“

Die Kurzzeitpflege ist ein wichtiges Angebot – insbesondere, wenn eine häusliche Krankenpflege nicht sichergestellt werden kann oder im Falle von häuslichen Krisensituationen, etwa die Erkrankung oder Überlastung des pflegenden Angehörigen.

Der Staatssekretär ergänzte: „Deshalb brauchen wir solche Entlastungsangebote. Benötigen die Angehörigen zum Beispiel Erholung oder Urlaub, besteht hier die Möglichkeit der Verhinderungspflege.“ Die Kurzzeitpflegeeinrichtung ist die dritte ihrer Art in Schwerin und die zehnte in MV. Insgesamt stehen im Land 173 solitäre Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung. In stationären Pflegeeinrichtungen gibt es darüber hinaus 409 einzelne Kurzzeitpflegeplätze. ■

Anspruch für 28 Tage im Jahr

Die Kurzzeitpflege der Volkssolidarität befindet sich seit 2000 im ältesten Stadtteil Schwerins, in der Apothekerstraße 10. Ihr Zweck ist die Wiedergewinnung der häuslichen Pflegefähigkeit. Anspruch auf Kurzzeitpflege haben Betroffene, bei denen die Pflegebedürftigkeit nach Paragraph 42

des Sozialgesetzbuchs XI festgestellt und eine Pflegestufe bewilligt wurde, für 28 Tage im Jahr. Der Antrag muss bei der zuständigen Pflegekasse gestellt werden. Möglich ist der Aufenthalt sowohl als Übergangszeit im Anschluss an eine stationäre Behandlung im Krankenhaus als auch in Situatio-

nen, in denen die häusliche Versorgung nicht möglich oder nicht ausreichend ist.

Erreichbar ist die Kurzzeitpflege unter Telefon (0385) 59370-100, -101 oder -103, Fax (0385) 59370-104, E-Mail kurzzeitpflege-schwerin@volkssolidaritaet.de ■

Rentenbesteuerung verständlich erklärt

Zu ihrer halbjährlichen Zusammenkunft kamen die Seniorenbeauftragten der Mitgliedsgewerkschaften des dbb m-v in der Schweriner Landesgeschäftsstelle zusammen. Diesmal konnte dafür Ulrich Pohl, Referatsleiter in der Abteilung Steuern beim Finanzministerium, gewonnen werden, der einen sehr interessanten Vortrag zum Thema „Besteuerung von Rentenauskünften“ hielt und anschließend die Fragen der anwesenden Seniorinnen und Senioren beantwortete.

Ein weiterer Schwerpunkt der Zusammenkunft war die Vorstellung des in Arbeit befindlichen neuen Flyers der dbb-Landesseniorenvertretung, welcher als Entwurf vorlag und bei dieser Gelegenheit nochmals gründlich begutachtet und diskutiert wurde. Außerdem wurde die diesjährige Hauptversammlung der dbb-Landessenioren-



Die Landesseniorenvertretung des dbb m-v vor der malerischen Kulisse des Schweriner Schlosses, im Bild rechts ihr Vorsitzender Gerd Dümmel

Foto: dbb m-v

renvertretung für den 27. November terminiert. Der dbb m-v Beamtenbund und Tarifunion ist die Interessen-

vertretung für Beamte und Tarifkräfte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Stralsund: 50 Seniortrainer*innen ausgebildet

„Die Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern werden immer älter und sind gleichzeitig aktiver. Darin steckt viel Potenzial“, sagte Sozialministerin Stefanie Drese kürzlich in Stralsund. Sie besuchte dort das Mehrgenerationenhaus, in dem sich seit 2015 ein Ort der Begegnung für ältere Menschen befindet. „Viele wollen sich weiterhin engagieren und lassen sich deshalb zum Seniortrainer oder -trainerin weiterbilden. Schon 50 wurden in der Hansestadt ausgebildet. Das sind tolle

Zahlen und zeigen: Das Projekt wird erfolgreich in der Region angenommen.“ Seniortrainer und -trainerinnen engagieren sich ehrenamtlich in verschiedenen Initiativen und Projekten, wie z. B. in der Seniorenakademie, bei der Lernhilfe für Schülerinnen und Schüler sowie bei der Begleitung älterer, pflegebedürftiger Menschen. Im Land konnten seit 2002 rund 700 Seniortrainer und -trainerinnen ausgebildet werden – ein Projekt, das durch den Landesring MV des Deutschen Seniorenrings

umgesetzt wird. Ministerin Drese informierte sich über die Arbeit in der SeniorTrainer-Agentur und bestätigte der Koordinatorin der Einrichtung, Susanne Tessendorf, und ihren Mitarbeitern: „Neben der Gewinnung interessierter Älterer zur Weiterbildung erfolgt durch die Agentur die Vermittlung der Seniortrainer und -trainerinnen in örtliche Initiativen, Vereine und Gruppen sowie eine fachliche Begleitung und Unterstützung bei der Findung und Umsetzung von Projekten.“ ■

Landes-Seniorensportspiele am Bodden

Sie begrüßten rund 2.000 Sportbegeisterte ab 40 Jahre zu den 13. Seniorensportspielen Mecklenburg-Vorpommern: Andreas Bluhm, Präsident des Landessportbundes, Frank Ilchmann, Bürgermeister von Ribnitz-

Damgarten, und Lothar Großklaus, Vorsitzender des Kreissenorenbeirats Vorpommern-Rügen. Und sie begrüßten die neue Sportministerin, Stefanie Drese, die sofort die Herzen der vielen Teilnehmer eroberte – nicht nur, weil

sie versprach, dem Sport im Lande große Aufmerksamkeit zu schenken, sondern weil sie bei der Erwärmung gemeinsam mit LSB-Präsident Bluhm

Fortsetzung auf Seite 32



Fotos: Landessportbund M-V



Fortsetzung von Seite 31

flotte Zumba-Schritte hinlegte. Einstand gelungen!

„Die Seniorensportspiele waren wieder einmal Werbung für den organisierten Sport in Mecklenburg-Vorpommern, ein echtes Highlight im Seniorensport. Aber ohne die engagierten ehrenamtlichen Helfer hätte das nicht funktioniert. Ihnen danken wir an dieser Stelle ausdrücklich für ihr Engagement“, so Andreas Bluhm. Auch der Stadt und dem Kreissenorenbeirat dankte er für das gute und reibungslose Hand-in-Hand-Arbeiten. Das sei Grundvoraussetzung, damit so ein Event gelinge. „Ganz besonders freuen wir uns, dass so viele Sportlerinnen und Sportler aus dem ganzen Land hier waren, um die 13. Seniorensportspiele M-V in der Bernstein-

stadt zu besuchen. Dies ist eine besondere Ehre für uns, die wir gern tatkräftig unterstützt haben. Das große Sportfest wurde von vielen engagierten Menschen in der Stadt mitgetragen: Ihnen gilt unser besonderer Dank.“ An neun Sportstätten fanden die Spiele statt. In den Arten Fußball, Tischtennis, Volleyball und Fechten fanden Wettkämpfe statt, es gab spannende Matches um die begehrten Pokale.

Auch die Workshops waren mehr als ausgelastet. So wollten z. B. 212 Teilnehmer im speziellen Kurs „Yoga für die goldene Generation“ etwas für zu Hause lernen, und 267 interessierten sich für „Gymnastik nach alten Schlagern“. Der Hit waren wie in den Jahren zuvor die Wanderungen. 550 Personen hatten sich angemeldet, um Ribnitz-Damgartens Umgebung entwe-

der auf zehn Kilometer per pedes oder auf der 7,5 km-Runde als Gesundheitswandern zu erkunden, oder sie fuhren per Rad 35 bzw. 16 Kilometer durch die schöne Landschaft. 24 nahmen das Kanu und begaben sich auf eine Gemeinschaftsfahrt, die in Ribnitz endete.

Viele Kurzentschlossene nutzen das vielfältige, kurzweilige Sportangebot zum Mitmachen, Ausprobieren oder Zuschauen auf dem Marktplatz: Lichtpunktschießen, Mini-Tischtennis, Bankdrücken, Darts, Angebote aus dem LSB-Sportmobil, Bogenschießen, Schwungtuch, Jonglage, Handicap-Sport, Infostände Bernsteinmarkt. Um 16 Uhr beendete eine gemeinsame Abschlussveranstaltung auf der Bühne am Markt einen wunderbaren bewegten und bewegenden Tag.

Landessportbund MV e.V.

Stralsunder sind international aktiv

Gemeinsamer Sport fördert die Gesundheit und das allgemeine Wohlbefinden und sichert soziale Kontakte. Spaß und Freude an der Bewegung ohne Leistungsdruck bedeuten mehr Leistungsfähigkeit und Lebensfreude. Wichtig ist vor allem die regelmäßige sportliche Betätigung – mindestens einmal pro Woche – das ist für die Gesundheit besser, schützt vor Verletzun-

gen und beugt Erkrankungen vor. 2018 erhielt die Abteilung Tischtennis des SV Medizin Stralsund für ihr langjähriges Engagement im Seniorensport den Präventionspreis Mecklenburg-Vorpommern aus der Hand des Gesundheitsministers Harry Glawe in der Kategorie „Gesund älter werden“. Für einen Sportverein war dies eine erstmalige Ehrung. Sie machte nach-

haltig auf die Bedeutung des Seniorensports aufmerksam.

Im Sportbund Hansestadt Stralsund kam der Mitgliederzuwachs in den letzten fünf Jahren zu 80 Prozent aus dem Altersbereich über 50 Jahre. Auf Landesebene sind die Verhältnisse extremer: In den vergangenen zehn Jahren lag der Mitgliederzuwachs des Landessportbunds mit rund 26 000

ausschließlich im Bereich über 50 Jahre – hier überstieg der Zuwachs sogar den des LSB insgesamt.

In der Hansestadt gibt es viele Angebote – Sportvereine, Fitness-Center und Physiotherapeuten. Wer als Seniorin oder Senior regelmäßig Freizeitsport im Verein treiben möchte, kann sich stets an den Sportbund (Telefon: 03831-293376) wenden. Merkwürdig ist bei den vielen Regelungen im Sport die fehlende einheitliche Bezeichnung der Altersklassen. Ruderer und Boxer bezeichnen etwa die Sportler ab 18 Jahre schon als Senioren. Die Fußballer ab 35 Jahren sind „Alte Herren“. Analoge Bezeichnungen der Damen seien hier vermieden – es gibt sie aber. Allgemein werden heute als Seniorinnen und Senioren im Sport überwiegend Sportler ab 40 Jahre zusammengefasst.

Für die Seniorinnen gibt es seit Jahrzehnten die Gymnastik. Mit dem Rehabilitationssport wurden besonders nach 1990 in mehreren Vereinen Sportgruppen für Ältere geschaffen und umfangreich Möglichkeiten sportlicher Aktivitäten nach der beendeten Rehabilitation angeboten. Diese gibt es u. a. im SV Medizin, bei Sport live, beim SV Uhlenhaus und beim TSV 1860.

Seit dem Präventionsgesetz ist für zahlreiche Kurse die Förderung der Teilnah-



Freizeitsport Tischtennis in der Adolph-Diesterweg-Schule

me an Präventionskursen seitens der Krankenkassen ersatzlos gestrichen worden. Trotzdem werden von den Sportvereinen weiter präventive sportliche Möglichkeiten angeboten. Auffallend ist die Tendenz, dass für Seniorinnen und Senioren weiter zunehmend altersgerechte Wettkämpfe angeboten werden. So gibt es heute für



Europa-Meisterinnen Karin Flemke (Bremen) und Christine Lübke (Stralsund) 2009 in Porec im Doppel AK 60

die Veteranen, Masters oder Senioren Nationale, Europa- und Weltmeisterschaften in spezifischen Altersklassen. Stralsunder Senioren sind im Volleyball, Gewichtheben, in der Leichtathletik, im Tennis und im Tischtennis sowie in vielen weiteren Sportarten national und international aktiv.

In der Hansestadt gab es 2016 im Seniorensport einen ganz besonderen Höhepunkt: die Fechtweltmeisterschaften der Senioren. Aus 49 Nationen kamen Fechterinnen und Fechter ab 50 Jahre nach Stralsund – eine Sportveranstaltung mit einer derartigen Vielfalt der Nationen hatte es in unserem Bundesland noch nie gegeben. Diese Veranstaltung demonstrierte hervorragend das große Interesse der Senioren am aktiven Sport – differenziert nach Altersklassen.

Dr. Georg Weckbach
Vorsitzender des Seniorenbeirats
Übungsleiter Präventions-Sport

Im Schatten des Apfelbaums ...

In den „Garten für alle“ im Zoo wanderten vor kurzem in Stralsund die kleinen Kindergärtner des Montessori-Kinderhauses in Grünhufe. Die Radieschen, die sie selbst gesät und gegossen hatten (siehe vorigen Seniorenkurier), waren zu ernten. Voller Eifer waren alle dabei, die Früchte ihrer „Arbeit“ aus der Erde zu ziehen. Die Kinder staunten über die großen Exemplare, die am nächsten Tag zum Frühstück gespeist werden sollten. Da Gießen immer besonders viel Spaß macht, bekamen die Blumen auch noch tüchtig Wasser aus den großen

Regentonnen. Nach einer Erfrischung ging es dann zurück zum Mittagessen. Für den 20. Juni hatte die AG Kultur des Seniorenbeirats einen Unterhaltungs- und Erzähl-Nachmittag bei Kaffee, Saft und Kuchen im Pflegeheim „Am Stadtwald“ organisiert. Dazu wurde eine Kindergruppe des Montessori-Kinderhauses, unter Leitung von Juliane Lenter und Kathrin Bredenbeck, eingeladen. Mit viel Spaß führten die Kinder das kleine Märchen vom „Rübchen“ auf. Vom Großvater bis zum Enkel mühten sich alle – erst als die kleine Maus half, gelang die Ernte. Die

Seniorinnen und Senioren dankten mit viel Beifall. Es wurde einhellig von Jung und Alt bestätigt: Es war ein gelungener Nachmittag.

Zu einem Workshop wenige Tage danach waren 22 Hobby-Gärtnerinnen und -Gärtner in den „Garten für alle“ in den Zoo gekommen, um zum Thema „Ökologische Rosenpflege“ Wissenswertes zu erfahren. Im Schatten des alten Apfelbaums fand jeder Teilnehmer einen Platz. Zuvor wurden aber erst das Kleinod, die historische Lau-

Fortsetzung auf Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

be, sowie die Hochbeete, die Rosen und die vielen Blumen rechts und links des Weges bewundert. (die Blüten einer Rose schlängeln sich bis in den Apfelbaum!). Almut Roos, Dipl.-Ing. für Garten und Landschaftsplanung vom Projekt „Natur im Garten“ des Landschaftspflegeverbands „Mecklenburger Endmoräne e. V.“, versorgte die Runde mit Fachwissen und umfangreichem Info-Material für zu Hause, bezog alle Teilnehmer in ihren Vor-



Mit großem Interesse verfolgen die Senioren den Vortrag zur ökologischen Rosenpflege.

trag ein und beantwortete die vielen Fragen zum Anbau und zur Pflege der „Königin der Blumen“. Der Gärtner des Zoo, Jörg Grothe, unter dessen Pflege die Rosen vor Ort stehen, konnte sein Erfahrungswissen in die Gesprächsrunde einbringen. Aber auch die Teilnehmer hatten untereinander viel Gesprächsstoff zur Hobbygärtnerei. Fazit des Workshops: Es werden Veranstaltungen zu weiteren Themen zur „Natur im Garten“ organisiert.

Giesela Müller
Seniorenbeirat Stralsund

Bürgerinitiative: Mein Radnetz Stralsund

Anfang dieses Jahres gründete sich in Stralsund eine Bürgerinitiative, in der sich auch der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund engagiert. Es geht darum, den Radfahrern ein besseres und sichereres Wegenetz zu bieten und damit ein gleichberechtigtes Nebeneinander der PKW-, Radfahrer und Fußgänger zu ermöglichen. Anlass ist die unbefriedigende Situation bei der Umsetzung des Klimaschutz-Teilkonzeptes, das von der Stralsunder Bürgerschaft 2017 beschlossen wurde mit dem Ziel, den Radfahrern ein entwickeltes Radwegenetz mit der erforderlichen Anzahl an Radparkanlagen zu bieten.

Viele Senioren sind mit dem Rad mobiler als zu Fuß. Sie müssen sich dabei aber sicher fühlen und gefahrlos von Ost nach West und von Nord nach Süd ihr Ziel erreichen können. Es gibt zwar bereits einige sanierte



„Hier brennt's!“ – Die Stralsunder Bürgerinitiative bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit

Fahrradwege sowie einzelne Straßen, die mit Fahrrad-Schutzstreifen ausgestattet sind. Diese erfreuen

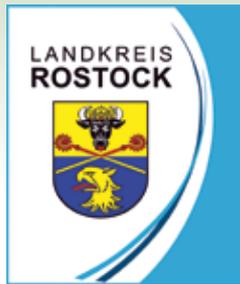
sich aber keiner großen Beliebtheit, denn zu unsicher fühlen sich dort die Radfahrer. Es bedarf eines Umdenkens in Politik und Verwaltung zu Gunsten einer fahrradfreundlichen Stadt. Dies würde zu einer Minimierung der Schadstoffbelastung beitragen und für die immer älter werdende Bevölkerung einen Anreiz bieten, aktiv zu bleiben und sich durch Radfahren fit zu halten.

Um die derzeitige Situation zu verbessern, organisiert die Bürgerinitiative Foren, sammelt Aussagen über Gefahren-Brennpunkte in der Stadt, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und gibt das Stimmungsbild der Stralsunder und Rad-Touristen an die Politik und Verwaltung weiter. So wird Druck erzeugt und beschleunigt den Fortgang bei der Entwicklung des Radwegenetzes.

bw

Infomationszentrum mit zahlreichen Kontakten

In Israel gibt es ein nationales Informationszentrum mit einer telefonischen Hotline für Seniorinnen und Senioren sowie ihre Familienangehörigen, das mit Mitteln des Ministeriums für soziale Gleichstellung eingerichtet wurde. Bisher wurden mehr als 700 000 Anfragen beantwortet. Die Themen reichen von Gesundheit, Wohnen, Armut und Renten über Vorbereitung auf den Ruhestand, Verbraucherschutz und Kultur bis hin zur Freizeitgestaltung. Das 30-köpfige Team spricht alle im Land verbreiteten Sprachen. Aufgrund der großen Anzahl von Kontakten verfügt es über fundiertes Wissen über die Lebenslagen älterer Menschen und ist daher ein zentraler Ansprechpartner für die politisch Verantwortlichen. ■



LANDKREIS ROSTOCK

Was in der Vergangenheit geschah

Eine Fahrt nach Schwerin unternahm der Seniorenbeirat der Se-

niorenbeirat der Stadt Krakow am See gemeinsam mit dem Beirat der Stadt Teterow. Reiseleiterin Grit Schmelzer organisierte den Besuch von Schlossmuseum und Landtag. Ein Höhepunkt war das ausführliche Gespräch mit Landwirtschaftsminister Till Backhaus, besonders über die Themen Wölfe, Kormorane, Wald und Landwirtschaft. Aktuell befasste sich der Seniorenbeirat auch mit Europa- und Kommunalwahl. Zahlreiche erstmals auf den Listen stehende Kandidaten äußerten das Bedürfnis, mit dem Seniorenbeirat ins Gespräch zu kommen. Gemeinsam mit Schülern der Naturparkschule nahm der Beirat am Frühjahrsputz teil und säuberte die Kinderspielplätze der Stadt.

Zum 20-jährigen Bestehen des Betreuten Wohnens des DRK am Burgplatz überbrachten Gisela Schröder, Vorsitzende des Seniorenbeirats, und Ehrenvorsitzender Jürgen Poleratzki Glückwünsche. Hausdame Marion Köster und viele Helfer hatten das Jubiläum



Till Backhaus (3. v. l.) im Gespräch mit den Senioren

auf hohem Niveau gestaltet. Auf der Sitzung des Sozialausschusses wurde dem Vorstand des Beirats der Ergänzungsantrag für die Antragsunterlagen „Seniorenfreundliche Kommune“ mit Informationen über die Kinder- und Jugendfreundlichkeit der Stadt Krakow am See übergeben.

Innerhalb der Wahlvorbereitungen ging es um wichtige Großprojekte in der Stadt: das Jörnberg-Areal, den Tourismus, die Feierhalle, die Wohnraumsituation, die Zusammenlegung der Friedhöfe und um den Schulstandort. Als Vorstand des Seniorenbeirats sind wir uns durchaus bewusst, dass auch wir als ältere Generation uns mehr als bisher einbringen müssen in die Geschichte unserer Stadt – nicht nur mit

Ideen und Empfehlungen, sondern auch, indem wir mit Hand anlegen. Unterstützen werden wir die Projektidee „Radeln ohne Alter“. Informationsveranstaltungen mit den Leiterinnen der Einrichtung Pflegeheim, Betreutes Wohnen und Tagespflege fanden bereits statt – im Sinne einer „seniorenfreundlichen Stadt“.

In einem Informationsgespräch mit Sozialministerin Stefanie Drese berichteten Gisela Schröder und ich über die Arbeit des Seniorenbeirats, über das Zusammenwirken mit den Stadtvertretern und die Vorbereitung auf den Landeswettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“ 2020.

Jürgen Poleratzki
Ehrenvorsitzender

Sport lindert und hilft

Bis zum 70. Lebensjahr verlieren Menschen rund ein Drittel ihrer Muskelmasse. Durch körperliches Training können ältere Menschen den Abbau jedoch stark verzögern. Gleichzeitig fördert sportliche Aktivität ihre Gesundheit, vor allem Gelenke und Herz profitieren. Krankheiten, wie Bluthochdruck, aber auch psychische Probleme, wie Depressionen, lassen sich durch regelmäßigen Sport lindern. ■

Allein oder mit Partner

Die Lebensbedingungen älterer Menschen rund um den Globus unterscheiden sich. Das zeigt sich beispielsweise beim Wohnen im Alter. Der Anteil der über Sechzigjährigen, die allein oder mit Partnerin bzw. Partner zu Hause leben, variiert je nach Land. Laut UN-Angaben von 2017 tun dies in den Niederlanden 93,4 Prozent, in Afghanistan hingegen nur 2,3 Prozent – dort leben die meisten Älteren mit ihren Kindern und Enkelkindern zusammen. ■

Ein Kämpfer für den Sozialstaat

Ehrenpräsident Professor Gunnar Winkler hinterließ Fülle von Informationen

Die Volkssolidarität trauert um ihren Ehrenpräsidenten Prof. Dr. sc. Gunnar Winkler, der am 18. Juli nach längerer Krankheit im Alter von 88 Jahren gestorben ist. Fast anderthalb Jahrzehnte leitete er als Vizepräsident und über zehn Jahre als Präsident den Verband, der seit 1946 besteht. Geboren 1931 in Hamburg, zog Winkler mit Familie 1935 nach Leipzig um. Nach der Schulzeit arbeitete er im Erzbergbau als Hauer und Steiger. Im Laufe des Lebens verschrieb er sich der wissenschaftlichen Arbeit, studierte Wirtschaftswissenschaften in Halle und Leipzig und wirkte später an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Von 1978 bis 1991 war er dort Direktor des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik. 1967 hatte er promoviert und 1973 habilitiert (Dr. sc.). 1991 gründete Winkler das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg, wo er bis 2002 Geschäftsführer war. Der Volkssolidarität gehörte er seit 1963 und von 2002 bis 2013 als deren Präsident an. Dr. Wolfram Friedersdorff, der heutige Präsident der Volkssolidarität – er war von 2002 bis 2006 als Staatssekretär im Sozialministerium MV tätig und danach bis zum Eintritt in den Ruhestand

2014 Erster Stellvertreter der Oberbürgermeisterin von Schwerin –, hob in seinem Nachruf hervor: Die Untersuchungsergebnisse des DDR-Instituts für Soziologie und Sozialpolitik aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre „publizierte er erst im vorletzten Jahr – die Führung der SED hatte sie zwar zur Kenntnis genommen, aber dann im Panzerschrank verschlossen, und nach 1990 interessierte sie erst einmal keinen mehr. Was die Bürger denken, war aber auch in der Bundesrepublik – unter ganz anderen gesellschaftlichen Verhältnissen – eine ihn treibende Frage seiner wissenschaftlichen Arbeit.“ Der Prozess der Herstellung der Deutschen Einheit mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik bot gerade Soziologinnen und Soziologen sowie Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern eine Fülle von Material. Friedersdorff: „Winklers spezielles Interesse galt der Entwicklung von Auffassungen von Bürgerinnen und Bürgern in den sogenannten neuen Bundesländern. Und über 20 Jahre gelang es ihm, vor allem dank der Unterstützung durch die Volkssolidarität, eine einzigartige Datensammlung zu generieren, die wichtige Richtungen

und Richtungsänderungen in der Bewertung der Gestaltung der deutschen Einheit durch die Menschen in den neuen Bundesländern widerspiegelt. Im Gegensatz zu vielen sozialpolitischen Akteuren, auch in den linken Parteien, war Gunnar Winkler überzeugt davon, dass die 40-jährige Existenz der DDR viel tiefere Spuren hinterlassen hat als gemeinhin angenommen wird und dass der Einigungsprozess selbst sich in das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft in den ostdeutschen Ländern, vor allem als Delegitimation von Lebensentwürfen und Entwertung von Lebensleistungen, einbrennen wird. Dabei war er in keiner Weise nostalgisch gesinnt.“ Auf vieles konnte er stolz sein: Dass die Mitglieder der Vereinnahmung durch „westdeutsche“ Verbände entgegengetreten waren; dass viele Mitglieder ihrer Volkssolidarität die Treue hielten; dass sich Verbände und Gliederungen sozialwirtschaftlich gut aufstellten; dass profunde Stellungnahmen zu sozialpolitisch relevanten Themen erarbeitet wurden; dass sich die Volkssolidarität über lange Zeit mobilisierungsfähig und sozialpolitisch durchsetzungsfähig erwies. ■

Unser Plan für Deutschland

Ergebnisse der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse und Deutschlandatlas

Das Bundeskabinett hat am 10. Juli die Schlussfolgerungen aus der Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ zur Kenntnis genommen und zwölf konkrete Maßnahmen des Bundes zur Umsetzung beschlossen. Sie fassen die Ergebnisse der Arbeit der Kommission aus Sicht des Bundes zusammen und sind der Auftakt zu einer zukünftigen aktiven Strukturpolitik. Der Bundesminister des Innern, für Heimat und Bau, Horst Seehofer, dazu:

„Deutschlands Vielfalt ist Deutschlands Stärke: Überall in unserem Land finden sich wirtschaftsstarke Regionen, Orte des kulturellen Lebens, lebendige Gemeinwesen. Diese Vielfalt darf aber nicht zu ungleichen Chancen führen. Wenn Unterschiede in den Lebensverhältnissen zu einem Nachteil werden, muss sich die Politik kümmern. Bund, Länder und Kommunen müssen deshalb einen neuen Schulterchluss eingehen und eine aktive Strukturpolitik wagen.

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey: „Deutschland ist ein starkes Land, es geht uns aber nur dann gut, wenn es überall im Land gut geht. Gleichwertige Lebensverhältnisse erreichen wir nur, wenn die, die schon viel haben, bereit sind, nicht noch mehr zu bekommen, sondern zugunsten der Schwächeren solidarisch zu sein. Dazu legen wir heute einen Plan vor. Mit einem neuen gesamtdeutschen Fördersystem, von dem der Os-

ten weiter stark profitiert und das sich gleichzeitig nicht an Himmelsrichtungen, sondern an Bedarfen ausrichtet. Damit schaffen wir eine Art ‚Solidarpakt III‘ – mit neuen Förderstrukturen und Schwerpunkten.

Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner betont: „Regionale Unterschiede in Deutschland dürfen nicht zu Nachteilen werden. Denn um als Bürger wirklich frei entscheiden zu können, wo und wie ich leben will, müssen überall Grundvoraussetzungen erfüllt sein. Förderung muss eine Frage des Bedarfs, nicht der Himmelsrichtung sein. Auch, um die Überhitzung unserer Ballungszentren anzugehen. Entschei-

dend für die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen ist auch das Ehrenamt, es ist der Kitt unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.“

Die Schlussfolgerungen: Strukturschwache Regionen in ganz Deutschland gezielt fördern, Arbeitsplätze in strukturschwache Regionen bringen, Breitband und Mobilfunk flächendeckend ausbauen, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in der Fläche verbessern, Dörfer und ländliche Räume stärken, Städtebauförderung und sozialen Wohnungsbau voranbringen, eine faire Lösung für kommunale Altschulden finden, Engagement und Ehrenamt stärken, Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung sichern,

Barrierefreiheit in der Fläche verwirklichen, Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen fördern, Gleichwertige Lebensverhältnisse als Richtschnur setzen.

Neben den Schlussfolgerungen wurde auch der „Deutschlandatlas“ vorgestellt. Dieser stellt eine Bestandsaufnahme unseres Landes quer durch alle Lebensbereiche dar. Das Spektrum der auf Karten visualisierten Themen reicht von der Flächennutzung und Bevölkerungsstruktur über die Kommunal Finanzen bis hin zu Arbeit, Bildung und Einkommensverteilung sowie sozialen und kulturellen Aspekten. Der Deutschlandatlas ist unter www.heimat.bund.de verfügbar. ■

DDR-Frauen sind benachteiligt

Härtefallfonds zur Herstellung von Rentengerechtigkeit muss endlich kommen

Die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder (GFMK) sieht weiter Handlungsbedarf bei der Herstellung von Rentengerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen. In Deidesheim (Rheinland-Pfalz) bekräftigte sie ihre Forderung an die Bundesregierung, einen solidarischen Beitrag zu leisten, um eine geschlechtsspezifische Diskriminierung zu beenden. Bereits im vergangenen Jahr hatte sie darum gebeten, mit Blick auf die UN-Frauenrechtskonvention „Übereinkommen zur Beseitigung

jeder Form von Diskriminierung der Frau“ bis 2019 über Umsetzungsschritte zu berichten. Den Bund forderte sie damals zur Einrichtung eines Entschädigungsmodelles für alle in der DDR geschiedenen Frauen auf, unabhängig vom Bezug von Grundsicherungsleistungen.

Denn Frauen, die in der DDR vor 1992 geschieden wurden und keiner Vollzeitbeschäftigung nach bundesdeutschem Rentenrecht nachgingen, haben aufgrund des Rentenüberleitungsgesetzes von 1990 keine Mindestrente.

In Deidesheim sei noch einmal ausdrücklich betont worden, „dass es nicht akzeptabel ist, dass der Bund hier keinen Handlungsbedarf sieht“, verdeutlichte Sozialministerin Stefanie Drese. Die Argumentation des Bundes führe nur zur Zementierung des bisherigen unbefriedigenden Zustands. „Der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene versprochene Härtefallfonds muss endlich realisiert werden, sonst besteht die Gefahr, dass die Hilfe für die betroffenen Frauen zu spät kommt.“ ■

Sinnvoll und längst überfällig

Angehörigen-Entlastungsgesetz bringt deutliche Verbesserungen für Familien

Als sinnvolle und überfällige Maßnahme begrüßt der Paritätische Gesamtverband das geplante Angehörigen-Entlastungsgesetz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Danach sollen ab 2020 Angehörige von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen, die Hilfe zur Pflege oder andere Leistungen der Sozialhilfe bezie-

hen, erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro selbst zahlen müssen. Damit werde eine alte Forderung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie der Behindertenverbände umgesetzt, betont Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen profitieren unmittelbar. Nach Angaben des Minis-

teriums würden die Angehörigen von rund 275.000 Leistungsbezieher*innen erreicht. Die Selbstbeteiligungsgrenze gilt bereits bei älteren und bei erwerbsgeminderten Angehörigen. Der Gesetzentwurf sieht außerdem Verbesserungen für Menschen mit Behinderung vor, die in Werkstätten arbeiten. ■

Steuerpolitischer Kurswechsel ist notwendig

Paritätischer kritisiert Pläne von Finanzminister Scholz zur Soli-Abschaffung

Als kurzfristig und in der Sache völlig unverständlich kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Pläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur fast kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlags ohne Kompensation. Der Verband fordert eine solidarische steuerliche Gegenfinanzierung. Ohne Gegenfinanzierung gingen dem Haushalt durch diese Maßnahme rund zehn Milliarden Euro verloren, die drin-

gend für die Infrastruktur in Deutschland gebraucht werden, warnt der Paritätische. „Schon jetzt gibt es einen milliardenschweren Investitionsstau, sei es im Kita-Bereich, der Pflege oder der Mobilität. Auch die großen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit, wie die steigende Altersarmut oder die wachsende Wohnungsnot, lösen sich nicht zum Nulltarif“, so Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Vor

diesem Hintergrund sei es überhaupt nicht nachvollziehbar, wie die Koalition auf zehn bis zwölf Milliarden Euro pro Jahr verzichten könne.

Der Paritätische bewertet die Pläne darüber hinaus auch als sozialpolitisch kontraproduktiv. Geringverdiener*innen und Hartz-IV-Beziehende gingen bei diesem Steuergeschenk völlig leer aus; im Ergebnis würden die Armen noch weiter abgehängt. ■

Schwer, eigene Rechte wahrzunehmen

BIVA-Fachtagung zeigte Möglichkeiten für mehr Verbraucherschutz in der Pflege

Die Qualität in der Altenpflege kann deutlich verbessert werden, wenn der Verbraucherschutz für Pflegebetroffene gestärkt wird. Diese These vertritt der BIVA-Pflegeschtzbund und veranstaltete dazu eine Fachtagung, um dieses Thema auch in der Öffentlichkeit weiterzuverfolgen. Erich Irlstorfer, pflegepolitischer Sprecher der CSU, teilte im Rahmen der Veranstaltung mit, dass dieses Thema unter Jens Spahn auch im Gesundheitsministerium eine neue Bedeutung erfahre.

Der Pflegesektor ist seit der Einführung der Pflegeversicherung vor 24 Jahren marktwirtschaftlich organisiert. Seitdem sind Pflegebetroffene zugleich Kunden und Verbraucher mit einem klaren Anspruch auf Leistungen, für die sie indirekt über ihre Beiträge an die Pflegekassen und außerdem direkt an das jeweilige Heim oder den jeweiligen Dienst zahlen. Die daraus erwachsenen Ansprüche werden jedoch von den wenigsten Pflegebedürftigen selbstbewusst eingefordert. Darin sahen die Teilnehmer der Tagung ein großes Problem.

Doch auch die Regelwerke im Pflegesektor machen es Verbrauchern besonders schwer, die eigenen Rechte wahrzunehmen. Vergleichsmöglichkeiten, Minderungen, Ersatzleistungen oder gar Schadensersatz sind Begriffe, die in der Pflege so gut wie unbekannt sind, die aber in anderen Wirtschaftsbereichen die Einhaltung von Qualitätsversprechen sicherstellen. „Hier gibt es drängenden Nachholbedarf“, stellte Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschtzbundes, fest. Drei kritische Bereiche hat der BIVA-Pflegeschtzbund identifiziert, die einen effizienten Verbraucherschutz in der Pflege verhindern. Zum einen ist es die unzureichende Verbraucherinformation und die damit verbundene, fehlende Markttransparenz. Vergleiche zwischen Anbietern sind kaum möglich. Die Entscheidung für ein Heim und damit eine Investition von durchschnittlich mehr als 50.000 Euro basiert selten auf ausreichender Information. Ein weiteres großes Kritikfeld ist die fehlende Beteiligung der Verbraucher, wenn es darum geht, Qualitätsstandards, Preise und Leis-

tungsangebote festzulegen. Bei allen Regulierungen, die dieser besondere Markt notwendig macht, ist der Pflegebetroffene außen vor. Stattdessen legen allein die Kosten- und Leistungsträger die Rahmenbedingungen fest, obwohl die Verbraucher tatsächlich den Großteil der Kosten selbst tragen. Dies gilt insbesondere für den umstrittenen Pflegequalitätsausschuss, der hinter verschlossenen Türen weitreichende Entscheidungen zu Lasten Dritter trifft. Kritisch unter die Lupe genommen wurden drittens die geringen Chancen, Verbraucherrechte auf dem Rechtsweg umzusetzen. Zwar gebe es rechtliche Möglichkeiten, sich gegen Mängel zur Wehr zu setzen, aber in der Lebenslage von Pflegebedürftigen greifen sie kaum. Pflegebedürftige befinden sich in einer Situation der Abhängigkeit, und es fehlt ihnen oftmals an Zeit, Kraft und Ressourcen, um den allgemeinen Zivilrechtsweg zu beschreiten.

Die vollständige Dokumentation findet sich unter: www.biva.de/veranstaltungen/fachtagung-2019-verbraucher-schutz/ ■

Für den Optimisten ist das Leben kein Problem, sondern bereits die Lösung.

Marcel Pagnol (1895-1974), französischer Schriftsteller und Filmregisseur

Ab sofort abrufbar

Rahmenlehr- und -ausbildungspläne für neue Pflegeausbildung veröffentlicht

Ein wichtiger nächster Schritt zur neuen Ausbildung: Für die Anfang 2020 beginnenden neuen Pflegeausbildungen stehen die Rahmenlehr- und Rahmenausbildungspläne ab sofort zur Verfügung. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat die Rahmenpläne veröffentlicht (www.bibb.de/pflegeberufe). Pflegeschulen und die Träger der praktischen Ausbildungen erhalten damit konkrete Vorschläge für

die Ausgestaltung der neuen Ausbildungen nach dem Pflegeberufegesetz. Zur Erarbeitung der Pläne wurde im November 2018 eine Fachkommission für die Amtsdauer von fünf Jahren eingesetzt. Das Gremium besteht aus elf ehrenamtlichen pflegfachlichen, pflegpädagogischen und pflegwissenschaftlichen Expertinnen und Experten. Die Besetzung spiegelt die verschiedenen Versorgungsbe-

reiche der Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege und Gesundheits- und Kinderkrankenpflege wider. Als Orientierungshilfe zur Umsetzung der Ausbildung haben die Rahmenpläne empfehlende Wirkung für die Lehrpläne der Länder und die schulinternen Curricula der Pflegeschulen. Sie werden mindestens alle fünf Jahre auf ihre Aktualität geprüft und gegebenenfalls angepasst. ■

Ein Leben nach dem Tod?

Mit steigendem Alter verändert sich für viele das Verhältnis zu Kirche und Religion. Für die einen werden Gottesdienste, Gebete und das persönliche Engagement in der Gemeinde wichtiger, für die anderen schwindet die Bedeutung von Spiritualität und religiösen Ritualen. Gleichzeitig wachsen die Zweifel. Laut einer aktuellen Umfrage glaubt heute nur jeder Fünfte an ein Leben nach dem Tod. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:

Landessenorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landessenorenbeirat-mv.de
www.landessenorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,
Gleichstellung und Soziales Mecklen-
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion überein-
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. August 2019; Redaktionsschluss für
Nr. 4/2019: 7. November 2019

Die Schildkröte

Ich bin nun tausend Jahre alt
und werde täglich älter;
der Gotenkönig Theobald
erzog mich im Behälter.

Seitdem ist mancherlei gescheh'n,
doch weiß ich nichts davon,
zur Zeit, da lässt für Geld mich seh'n
ein Kaufmann aus Heilbronn.

Ich kenne nicht des Todes Bild
und nicht des Sterbens Nöte.
Ich bin die Schild-, ich bin die Schild-,
ich bin die Schild-krö-kröte.

Christian Morgenstern (1871-1914)



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei
einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Ver-
weilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de